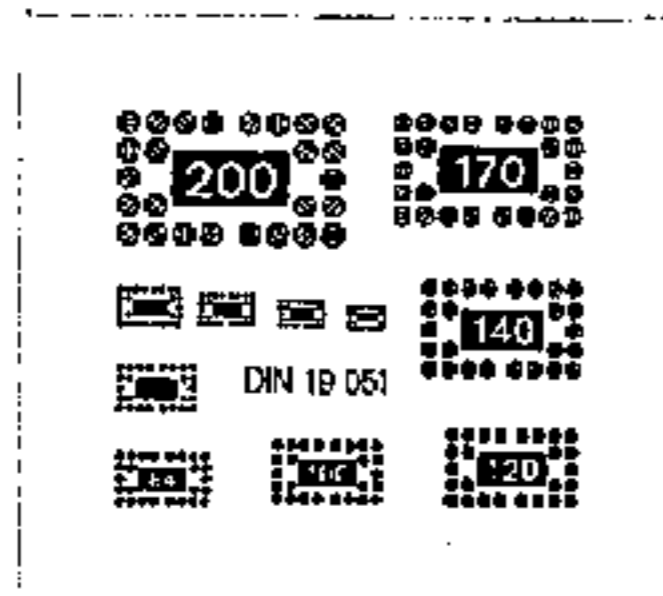


Grundwerte heute: Solidarität

Dokumentation der Podiumsdiskussion
vom 8. November 2000 in Berlin



C 01 - 01051

Berlin, im November 2000

INHALT

Seite

Vorwort	5
„Solidarität als sozialdemokratischer Grundwert“ Rudolf Scharping, Geschäftsführender Vorsitzender der Programmkommission Einführung	6
„Solidarität heute“ Dieter Schulte, Vorsitzender des DGB	9
Einleitung der Podiumsdiskussion: Wolfgang Thierse, Präsident des Deutschen Bundestages Moderation	18
Prof. Herfried Münkler, Politologe, Humboldt-Universität Berlin	19
Mogens Lykketoft, Finanzminister von Dänemark	21
Heidemarie Wieczorek-Zeul, Stellvertretende Vorsitzende der SPD	24
Diskussion	28
Schlusswort Wolfgang Thierse	41

FORUM: Grundwert Solidarität

Die SPD hat auf ihrem Berliner Parteitag 1999 beschlossen, das Grundsatzprogramm zu überarbeiten und neu zu formulieren. Grundlage und Beginn jeder Programmdiskussion ist die Besinnung auf die sozialdemokratischen Grundwerte als Maßstab für weitere programmatische Aussagen: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität.

Nachdem wir im April und im September über „Gerechtigkeit“ und „Freiheit“ diskutiert haben, setzen wir die Reihe unserer Grundwerteforen mit der Diskussion unseres Verständnisses von Solidarität fort.

Solidarität gründet auf der Bereitschaft, sich gegenseitig zu helfen und zu stützen. Wir wollen das Spannungsverhältnis zwischen der Freiheit des Einzelnen und der Bereitschaft, sich für das Gemeinwohl und das Gemeinwesen aktiv einzusetzen, beleuchten.

Wir wollen danach fragen, ob wir tragbare Bedingungen des Wirtschaftswachstums in globalen Märkten schaffen können, ohne den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu opfern.

Und schließlich wollen wir auch darüber diskutieren, wie viel Solidarität staatlich organisiert werden muss und welchen Beitrag zukünftig zivilgesellschaftliches Engagement zu einer solidarischen Gesellschaft leisten kann.

Wie bei den vorangegangenen Grundwerteforen wollen wir auch in die Debatte über die Zukunft der Solidarität unsere europäischen Nachbarn einbeziehen.

Wir laden Sie herzlich ein, sich an unserer Programmdiskussion zu beteiligen.

FRANZ MÜNTEFERING

RUDOLF SCHARPING

WOLFGANG THIERSE

„Solidarität als sozialdemokratischer Grundwert“

Rede von Rudolf Scharping

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

ich eröffne das 3. Grundwerteforum der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und begrüße Sie alle herzlich. Wir wollen heute über Solidarität reden. Das kann man unter sehr verschiedenen Gesichtspunkten tun. Ich will einen allgemeinen Gedanken voraus stellen:

Solidarität, gedacht als gemeinsam wahrgenommene gegenseitige Verantwortung - ausgedrückt in Begriffen von Wohlfahrtsstaat, Sozialstaat, Gemeinwohl oder wie John Rawls, der oft als liberal missverständene amerikanischer Kommunitarist, es einmal genannt hat: die gesellschaftlichen Grundgüter -, so verstandene Solidarität scheint zerrieben zu werden zwischen weltweiter ökonomischer Verflechtung einerseits und innerstaatlicher, gesellschaftlicher Individualisierung andererseits. Wo soll noch Solidarität herkommen, wenn auf der einen Seite die ökonomischen Interessen sich weltweit organisieren und auf der anderen Seite die Gesellschaften selbst sich immer stärker individualisieren. Das wirft nicht nur Fragen nach der Gerechtigkeit auf, sondern auch Fragen nach der Solidarität. Und wenn wir verhindern wollen, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt, die gemeinsam wahrgenommene gegenseitige Verantwortung zwischen beiden Prozessen zerrieben wird, dann müssen wir über Solidarität neu nachdenken und daran anknüpfend dann auch die eine oder andere politische Entscheidung treffen.

Es gibt, was Solidarität angeht, eine ganze Reihe von Missverständnissen. Ein Missverständnis lautet: Die Starken geben, die Schwachen nehmen. Ein anderes Missverständnis lautet: Solidarität ist eine Veranstaltung der Schwachen untereinander, die müssen zusammenhalten, sonst können sie sich nicht gemeinsam organisieren und durchsetzen. In meinen Augen aber ist Solidarität eben nicht alleine der Zusammenhalt unter den Schwächeren einer Gesellschaft, sondern insbesondere auch die Frage nach der Verantwortung der Stärkeren für die gemeinsame Zukunft und die gemeinsame Verantwortung ihr gegenüber. Es geht also nicht nur um das Geben, es geht auch um die Frage: Was erhalte ich für Solidarität und genau das meinte John Rawls als er von der Teilhabe an den gesellschaftlichen Grundgütern gesprochen hat.

Das Zweite, was ich hier anmerken möchte ist, dass neben der Verantwortung füreinander, miteinander und der Frage nach der Verantwortungsfähigkeit und der Verantwortungsbereitschaft der Stärkeren, auch eine andere Frage zu stellen ist: Auf welchen zeitlichen Zusammenhang bezieht sich eigentlich Solidarität? Ist das nur etwas, das uns hilft Gegenwartsprobleme zu lösen oder muss nicht eine lang vorausschauende Perspektive hinzukommen, also die Zukunftsdimension der Solidarität. Wenn wir Solidarität verkürzen wollten, als eine Veranstaltung der Gegenwart zur Lösung großer Bedrohungen, dann hätte sie schon ihren Wert. Aber wichtiger - und das merken wir nicht nur, bei der Diskussion über den Generationenvertrag - ist die Zukunftsdimension die mit Solidarität untrennbar verbunden ist.

Eine dritte Frage, die ich hier kurz ansprechen will. Auf wen bezieht sich Solidarität? Ist das nur etwas, dass Menschen miteinander - auch bezogen auf noch ungeborene künftige Generationen - betrachten, als eine Frage der Verantwortung zwischen Menschen oder ist es nicht auch - das will ich hinzufügen als in meinen Augen ebenso unverzichtbar - eine Frage der Solidarität bezogen auf die Lebensgrundlagen, auf die Natur. Und die Verantwortung, die wir dafür haben, das ist mehr als ein ökologisches Thema.

Es macht sofort eine vierte Dimension deutlich. Wie ist der räumliche Zusammenhang von Solidarität? Bezieht er sich auf die Familie? Sicher. Auf die Gemeinde? Sicher. Auf den Nationalstaat und die in ihm lebende Gesellschaft? Sicher. Auf die europäische Union? Ganz sicher auch. Aber wir dürfen die globale Dimension nicht vergessen. Und in all diesen Dimensionen, räumlich, zeitlich, was die Generationen angeht, was den globalen Maßstab angeht usw. scheint dieses Geben und Erhalten immer wieder auf.

Was ich für den gemeinschaftlichen Fortschritt zu geben bereit bin, erhalte ich als Sicherheit, als eigene Lebenschance, als Gewissheit der Versicherung gegen die großen Lebensrisiken zurück.

Insofern kann man sich auch noch einer anderen Ebene zuwenden, nämlich: Wie organisieren wir das? Ist Solidarität nur eine durch staatliche Regeln garantierte gemeinsame Verantwortung oder steckt nicht noch viel mehr dahinter? Wir haben eben in einem Vorgespräch darüber geredet, ob in der sozialdemokratischen Theorie, in der sozialdemokratischen Programmatik der Gedanke der Solidarität und der Subsidiarität wirklich eine Rolle gespielt hat. Man kann sagen, dass die Sozialdemokratie seit ihrer Gründung im 19. Jahrhundert für die Rechte der Rechtlosen und der Schwachen gestritten hat - mit einigem Erfolg. Sozialdemokratie nicht verstanden als Sozialdemokratische Partei Deutschlands allein, es waren ja auch zähe Auseinandersetzungen z.B. geführt durch die Gewerkschaften in den Betrieben. Aber auch intensive Auseinandersetzungen und Debatten in den Parlamenten über soziale und gesetzliche Reformen mit denen am Ende durchgesetzt werden konnte, dass sich die Lage der Arbeitnehmerschaft grundlegend verbessert hatte.

Es gibt aber noch etwas anderes und das droht manchmal in Vergessenheit zu geraten: Die sehr ausgeprägte Tradition innerhalb der Sozialdemokratie in Fragen der praktischen Solidarität. Von der Hoffnung auf parlamentarische Erfolge oder gar von der Hoffnung auf die Weltrevolution wird kein Mensch satt. Daher wurde auch versucht, auf die praktischen Probleme der Zeit eine Lösung zu finden. Von den Konsum- oder Baugenossenschaften bis hin zur Schulungsarbeit innerhalb der SPD und der organisierten Arbeitnehmerschaft reichte der Versuch, durch Selbstverantwortung und Selbstorganisation die Lage der Arbeiter zu verbessern.

Im eigenen Verhalten, in der eigenen Organisation, mit den eigenen Möglichkeiten sollte auch gelebt und praktiziert werden, was man sich vom großen Gedanken der Solidarität, der Freiheit und Gerechtigkeit erhoffte. Und vor diesem Hintergrund, kann man davon sprechen, was Klaus Novy einmal genannt hat: vorstaatliche Wirtschaftspolitik.

Es geht aber nicht nur um vorstaatliche Wirtschaftspolitik, ausgedrückt in den vielen Ansätzen, die ich jetzt genannt habe, es geht auch darum, dass Solidarität nicht nur allein und auch nicht

zuvorderst eine staatliche garantierte, staatlich motivierte Veranstaltung ist. Auch hier - wie bei der Gerechtigkeitsdebatte - wird die Frage nach dem vorbeugenden Charakter des Solidaritätsgedankens eine Rolle spielen müssen. Solidarisch zu reagieren, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, ist weniger sinnvoll, weniger menschlich, weniger intelligent, als vorbeugend dafür zu sorgen, dass das Kind nicht in den Brunnen fällt.

Und im übrigen: Mit welcher Zielsetzung wollen wir solidarisch miteinander umgehen? Behütend? Verwaltend? Oder eher motivierend, fordernd, ermutigend? Das hat übrigens sehr praktische Auswirkungen, auf die ich jetzt nicht eingehen will, höchstens mit einem kleinen Streiflicht. Ob ich den Wohlfahrtsstaat organisiere, als eine im wesentlichen verwaltende und betreuende Institution entscheidet sehr viel über seine Akzeptanz und über die im Sozialstaat angelegte Solidarität. Und das kann sehr praktische Auswirkungen haben, wie wir selber wissen. Und nicht nur die Diskussion über Fragen der Rentenreform wird jedem sofort in dem Blickwinkel geraten, wenn man über die Frage spricht: Wie viel Motivation, wie viel Forderung, wie viel Integration spielt dabei eine Rolle. Das sieht man auch in der Arbeitsmarktpolitik und in anderen Bereichen.

Und schließlich: In welchem Raum wollen wir Solidarität organisieren? Ich habe schon kurz davon gesprochen. Ist das bezogen auf die Familie, auf die Gemeinde, auf die soziale Klasse, bezogen auf Gesellschaft insgesamt? Und da taucht etwas auf, was mir in den bisherigen Diskussionen der Programmkommission der SPD zunehmend deutlicher geworden ist, nämlich die Frage, ob in diesem Prozess zwischen ökonomischer Globalisierung und gesellschaftlicher Individualisierung auch etwas anderes zerrissen wird, was mit Solidarität untrennbar verbunden ist: Die Vertragsfähigkeit einer zivilen Gesellschaft. Die haben wir bisher institutionell, fast ausschließlich abgesichert im Nationalstaat, mit Verfassung, mit Gesetzen usw. Wir werden aber die Konsequenzen gedanklich und dann politisch daraus zu ziehen haben, dass diese Vertragsfähigkeit moderner Gesellschaften im Nationalstaat alleine nicht mehr hergestellt werden kann. Und dann müssen wir uns darüber klar werden, wo wir diese Vertragsfähigkeit neu begründen und neu organisieren wollen. Die eigentliche Bedeutung der europäischen Integration neben ihrer friedensfördernden und friedenssichernden Wirkung liegt genau hier: in der Chance und in der Herausforderung eine Zivilisation einen kulturellen Gedanken, eine Idee zu behaupten, die in dieser Form auf der Welt sonst nicht mehr zu finden ist: in der Verbindung aus wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, sozialer Verantwortung und Vorsorge für die Zukunft.

Ich sage dies abschließend sehr verkürzt und sehr thesenartig: Alle drei Elemente und tragenden Pfeiler des sich auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, auf Freiheitswillen und Eigenverantwortung gründenden zivilisatorischen Modells Europas, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die gegenseitige soziale Verantwortung und die Vorsorge für die Zukunft werden des Grundgedankens der Solidarität ebenso bedürfen, wie des Grundgedankens und des Grundbedürfnisses - wenn ich das so nennen darf - der Freiheit und der Sehnsucht nach Gerechtigkeit.

„Solidarität heute“

Dieter Schulte:

„Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen, lieber Rudolf, als der DGB im letzten Jahr seinen fünfzigsten Geburtstag feierte, haben wir vorher besonders junge Menschen gefragt: Was ist für sie, was bedeutetet ihnen die Zukunft der Solidarität.“

Viele ihrer Antworten haben Mut gemacht, aber viele haben auch sehr nachdenklich gestimmt.

Eine junge Industriekauffrau veröffentlichte ihr Photo und schrieb darauf: Individualität ist wichtig, aber auf die Ego-Gesellschaft habe ich keinen Bock.

Ein Musikstudent meinte schon fast trotzig: Die Ellen-hogeagesellschaft ist Fakt - aber ich muss sie ja nicht akzeptieren.

Auf einem Plakat tragen ein Mann und eine Frau das Wort Solidarität, aber ein anderer Mann kehrt sich ab und lässt das Wort - Solidarität - zu Boden fallen.

Und auf einem weiteren Plakat war zu lesen: Die Solidarität steht nicht auf diesem Plakat - sie steht davor und wundert sich.

Also sage ich: Solidarität nur auf Plakate zu schreiben, reicht nicht aus.

Solidarität - das müssen die Menschen erleben.

Sie müssen erfahren, was Solidarität bedeutet, und sie müssen es so erfahren, wie es ein junger Auszubildender dargestellt hat: mit dem Herzen und mit dem Verstand.

Solidarität - und das ist meine Botschaft -, Solidarität ist weder veraltet noch überflüssig.

Solidarität hat für junge Menschen und, ich denke, auch für ältere Menschen einen nach wie vor hohen Wert. Sie ist für viele Hoffnung und Erwartung zugleich.

Und genau diese Hoffnung und diese Erwartung, Kolleginnen und Kollegen, richten sie auch an uns, an die Sozialdemokratische Partei und an die Gewerkschaften.

Es gibt in unserer Gesellschaft viele gute Beispiele für solidarisches Handeln und solidarische Hilfe.

- Die Hilfe für verfolgte und unterdrückte Menschen in aller Welt,
- die vielen Spenden für Menschen in Not,
- Schülerinnen und Schüler, die sich für Menschen im ehemaligen Jugoslawien engagieren,
- und die vielen Beweise der praktischen Solidarität, die wir in unserem Land tagtäglich erfahren, und ohne die unsere Gesellschaft viel ärmer wäre.

Aber von uns, von den Gewerkschaften und auch von der SPD, Kolleginnen und Kollegen, erwarten Menschen auch eine solidarische Politik.

Und wenn wir heute manchmal anklagend den Finger auf die vielen jungen Menschen zeigen, die sich nicht mehr in den Gewerkschaften organisieren, oder auf die Wählerinnen und Wähler, die bei Wahlen zu Hause geblieben sind, dann sollten wir dabei immer bedenken:

Wir zeigen dabei auch auf uns. Und wenn wir heute über den Grundwert Solidarität diskutieren, dann ist dies der Ort und die Zeit, sowohl über unser Selbstverständnis nachzudenken als auch über unsere Politik.

Liebe Genossinnen und Genossen, immer dann, wenn wir uns öffentlich oder auch halböffentlich streiten, dann ist schnell die Rede von den gemeinsamen Wurzeln der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie.

Die meisten Bürger denken dann, der Bundeskanzler und der DGB-Vorsitzende müssten von Natur aus ein gutes Verhältnis haben, und wenn das dann nicht der Fall ist oder zumindest nicht der Fall zu sein scheint, dann wird dies meist schon als Familienkrach gewertet.

Und Krach in der Familie hat dann für viele zwar einen hohen Unterhaltungswert, aber ist für alle Beteiligten auch mit Schmerzen und Verletzungen verbunden.

Ich bitte also darum, manche Ausführungen nicht als den Beginn eines neuen Familienstreits zu werten, sondern als Beitrag eines Menschen, der die Politik dieser Partei kritisch, aber auch mit viel Solidarität und auch mit Sympathie begleitet.

Der gemeinsame Wert, liebe Genossinnen und Genossen, der die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie verbindet, ist die Solidarität.

Wir beide stehen in dieser Gesellschaft für Organisationen, die den vielen Einzelnen eine gemeinsame Stimme geben.

Wir sagen den Menschen: Freiheit und Selbstbestimmung, Arbeit und soziale Gerechtigkeit, eine lebenswerte Umwelt und ein friedliches Europa, diese Ziele kannst du nicht allein erreichen. Für diese Ziele brauchst du andere und das gemeinsame Handeln mit anderen.

Und gerade im politischen Alltag werden solche Ziele immer viel konkreter bestimmt:

- Da geht es um Ausbildungsplätze,
- da geht es um Kindergärten und Schulen,
- da geht es um den Kündigungsschutz
- oder um die Gleichstellung der Frauen, um nur einige wichtige Vorhaben zu nennen.

Wir wollen den Menschen vermitteln: Nur durch gemeinsames und solidarisches Handeln können sie ihre Ziele erreichen.

Gewerkschaften und SPD - sie sind kein Selbstzweck, und sie sind auch kein Apparat, der Menschen für irgendwelche Ziele mobilisiert.

Gewerkschaften und SPD entstanden als Organisationen, weil Menschen ihre Interessen gemeinsam vertreten und weil sie sich selbst helfen wollten.

Und wenn wir heute um Mitglieder werben, dann geht es uns in erster Linie um die Zukunft einer gerechten und einer solidarischen Politik für die Menschen.

Solidarität, liebe Genossinnen und Genossen, ist das Band, das unsere Organisationen zusammenhält.

In früheren Zeiten nannte sich dies Brüderlichkeit. Darin steckt sehr viel Gefühl und sehr viel Hoffnung.

Ich denke, dieser Anspruch ist heute eine schöne und auch wichtige Erinnerung. Und dennoch sollten wir lieber von Solidarität sprechen. Das erscheint mir näher an der Realität einer modernen Gesellschaft.

Solidarität ist aber nicht nur die Basis, sie ist das Ziel der Sozialdemokratie.

Ich erinnere mich noch gut an einen Satz von Hans-Jochen Vogel, der sagte: Wir wollen keine Ellenbogen-Gesellschaft, wir wollen eine solidarische Gesellschaft.

Die solidarische Gesellschaft, das ist keine Vorstellung von gestern oder von vorgestern. Das ist auch keine Vision aus einer Tradition, die wir längst überwunden haben.

Die solidarische Gesellschaft - sie ist ein Leitbild, das wir bitter nötig haben, nötig haben, wenn wir heute und morgen noch Politik gestalten wollen.

Johannes Rau hat bei der Verleihung unseres Hans-Böckler-Preises am 13. Oktober in Potsdam in sehr eindrucksvoller Weise an die Werte erinnert, die unsere Gesellschaft zusammenhalten, und die wir nicht den Gesetzen des Marktes unterwerfen dürfen und unterwerfen sollten.

Natürlich hat die Marktwirtschaft zu Wachstum und Wohlstand geführt.

Aber Bildung und Kultur, soziale Sicherheit und eine lebenswerte Umwelt und vor allem Menschenwürde und Solidarität - sie sind keine handelbaren Güter.

Und es ist gerade die Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass auch die Schwachen und Kranken, die Behinderten und die Alten, und damit alle die, die eben nicht voll wettbewerbsfähig und nicht mehr ökonomisch voll leistungsfähig sind, dass sie alle in dieser Gesellschaft menschenwürdig leben können.

Und dies nicht nur aus Fürsorge, sondern weil sie wie alle Menschen ein Recht darauf haben.

Eine solidarische Gesellschaft, liebe Genossinnen und Genossen, ist auch eine gerechte Gesellschaft.

Kaum ein Wert hat so die öffentliche Auseinandersetzung der letzten Zeit beherrscht, wie die soziale Gerechtigkeit.

Die einen sagen: Diese Gesellschaft ist ungerecht, weil die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, oder weil ein Großteil des Produktivvermögens sich in den Händen weniger befindet.

Andererseits wiederum beklagen die Benachteiligten gerade diejenigen, die viel leisten. Sie kritisieren hohe Steuern und Abgaben, sie fordern mehr Förderung von Eliten. „Leistung muss sich wieder lohnen,“ - ist ihre Devise.

In ihren Augen bedeutet Gerechtigkeit, die Starken zu fördern, denn sie sind Motor des Fortschritts, von dem am Ende auch die Armen profitieren.

Ich sage: Sozial gerecht handeln ist, was die Solidarität in dieser Gesellschaft stärkt.

Wir müssen nicht nur dafür sorgen, dass die Schwachen in dieser Gesellschaft ein menschenwürdiges Leben führen können.

Wir sind ebenso verpflichtet, die Reichen, die Starken, die Menschen mit Vermögen und mit Macht daran zu erinnern, ihre Verantwortung für das Gemeinwesen wahrzunehmen.

Niemand darf aus dieser Gesellschaft ausgeschlossen werden. Jeder und jede hat ein Recht auf Teilhabe am guten Leben. Aber jeder und jede hat gleichfalls die Verpflichtung, das ihre dazu beizutragen, dass alle gut leben können.

Wir können Menschen nicht zwingen, immer gut und ehrenhaft zu handeln. Aber wir tragen die Verantwortung dafür, dass diese Gesellschaft zusammenhält.

Und darum müssen die Starken eben mehr zum Gemeinwohl beitragen als die Armen.

Und darum dürfen wir auch nicht immer mehr Menschen aus der Verantwortung für eine solidarische Sicherung gegen Armut und Not entlassen.

Und darum hat eine Wirtschaft, die boomt, und die gewaltige Gewinne macht, auch die Pflicht und die Schuldigkeit, Arbeitsplätze zu schaffen und für die Ausbildung junger Menschen zu sorgen.

Liebe Genossinnen und Genossen, eine Politik, die Solidarität in dieser Gesellschaft verwirklichen will, bleibt dann ein Traum, wenn sie sich nicht ganz konkret den Herausforderungen des politischen Alltags stellt.

Oder anders gesagt: Das Leitbild einer solidarischen Gesellschaft muss sowohl für die Praxis taugen, als auch die Politik anleiten.

Hier gab und gibt es, liebe Genossinnen und Genossen, auch in unseren Reihen einige Verärgerung und auch Enttäuschung über die Politik unserer Partei.

Ich habe nicht zu denjenigen gehört, die von der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die Sozialdemokratie den Aufbruch ins Paradies erwartet hatten.

Weder Gerhard Schröder noch Oskar Lafontaine haben die Gewerkschaften im Unklaren darüber gelassen, dass sie die Staatsverschuldung abbauen würden.

Jeder, der einigermaßen über politischen Durchblick verfügt, hat gewusst, dass die demographische Entwicklung ein Umsteuern bei den Renten erfordert, und wir alle wissen, dass die Politik die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen in den Griff bekommen muss.

Die Wiederherstellung von Kündigungsschutz und Lohnfortzahlung,
Ordnung auf dem Arbeitsmarkt,
die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit,
eine Steuerreform, die den Arbeitnehmern und den Familien wieder mehr Geld in der Tasche lässt,
und das Bündnis für Arbeit.

Dies ist eine andere Politik, als sie Helmut Kohl gemacht hat.

Dies ist die Handschrift, die wir erwartet haben, und das ist eine sozialdemokratische Handschrift.

Ist es denn eigentlich so schwer, daraus ein politisches Konzept, eine übergreifende Botschaft zu machen?

Eine übergreifende Botschaft, aus der deutlich wird:
Die Sozialdemokratie will auch in Zukunft eine solidarische und eine gerechte Gesellschaft.

Der Abbau der Staatsverschuldung allein ist noch kein politisches Konzept. Wer immer auch die Arbeitgeber hofiert und nur noch vom Mittelstand redet, hat damit noch keinen einzigen Arbeitsplatz geschaffen.

Wer immer mehr von Eigenverantwortung und kaum noch von Solidarität redet, verunsichert auch die Menschen.

Wer immer mehr die Leistung lobt, aber kaum noch von den Schwachen spricht, der fördert Missverständnisse.

Wer nur noch die Modernisierung predigt, ohne das Leitbild der sozialen Gerechtigkeit zu betonen, der verschreckt die Menschen, die der Sozialdemokratie vertrauen.

Die Mehrheit der Menschen sehen die Notwendigkeit von Reformen und von Veränderungen. Sie wissen, die Modernisierung des Staates, eine wettbewerbsfähige Wirtschaft und ein neues

Verhältnis von Solidarität und Eigenverantwortung in der sozialen Sicherung sind unumgänglich. Aber sie wollen eine Modernisierung mit menschlichem Antlitz.

Modernisierung ist für sie kein Selbstzweck. Modernisierung ist ein Weg, um auch in Zukunft sicher leben zu können.

Modernisierung darf kein Gegensatz, sie muss die Voraussetzung für Solidarität und soziale Gerechtigkeit sein. Nur eine solche Politik ist auf Dauer glaubwürdig.

Gerhard Schröder hat von einem Korridor der Verlässlichkeit gesprochen, den die Menschen brauchen, um Veränderungen mittragen zu können.

Ich stimme ihm voll und ganz zu, und ich wünsche mir, dass dieses Leitbild einer sozial gerechten Moderne die Politik meiner Partei noch stärker prägt, als dies bisher zumindest scheinbar der Fall war.

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Sozialdemokratie und auch die Gewerkschaften haben immer dem Staat die Aufgabe zugewiesen, für die Solidarität in dieser Gesellschaft zu sorgen. Kurt Schumacher hat vom Volksstaat gesprochen.

Wir sind heute stolz auf unseren Sozialstaat und die zweite deutsche Republik hat deshalb nun mehr als fünfzig Jahre den inneren Frieden wahren und die Demokratie ausbauen können, weil alles staatliche Handeln an das Rechts- und an das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes gebunden ist.

Ich denke, auch heute und in Zukunft gibt es keinen Grund, von diesem Sozialstaatsgebot Abstand zu nehmen.

Im Gegenteil: Gerade in einer Welt internationaler Märkte, weltweiter Netze und globaler Herausforderungen können und wollen wir auf dieses Gebot unseres Grundgesetzes nicht verzichten.

Im internationalen Wettbewerb werden auf Dauer nur die Länder und Wirtschaftsräume bestehen,

- die über eine ausgebaute Infrastruktur verfügen,
- die Wissenschaft und Forschung fördern,
- deren Umweltstandards hoch
- und deren Wirtschaft produktiv ist.

Diese Länder werden den Übergang zur Informations- und Wissensgesellschaft bewältigen, wenn sie allen Menschen eine gute Ausbildung und eine lebenslange Weiterbildung sichern, wenn nicht nur jeder Zugang zum Netz hat, sondern wenn jeder sein Wissen und seine Fähigkeiten auch einsetzen kann.

Die europäische Einheit bietet uns eine ungeheure Möglichkeit, die Chancen der Globalisierung zu nutzen und die Risiken zu mindern. Denn wir haben in Europa nach den Zerstörungen des 2. Weltkrieges die Leistung vollbracht, eine wettbewerbsfähige Wirtschaft und einen funktionierenden Sozialstaat aufzubauen. Und beides muss weiterhin die Gestalt Europas und seine Politik in der Welt bestimmen.

Erhard Eppler hat zu Recht daran erinnert, dass wir in der modernen Welt nicht weniger, sondern dass wir mehr Politik, mehr politische Gestaltung und mehr Solidarität brauchen.

Wir wollen den Übergang zur Wissens- und Informationsgesellschaft bewältigen. Darum brauchen alle die Möglichkeit, sich lebenslang weiterzubilden, Neues zu lernen, sich neue Fähigkeiten und Fertigkeiten anzueignen. Denn nur dann haben alle auch die Chance auf eine qualifizierte und eine menschenwürdige Arbeit.

Die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit und der Ausbildungsnot junger Menschen, die Teilhabe aller an Arbeit und Bildung - das sind die Ziele einer solidarischen Gewerkschaftspolitik, und diese Politik wäre nicht möglich ohne das gemeinsame und solidarische Handeln der Vielen.

Dies, liebe Kolleginnen und Kollegen, dies ist unser Beitrag für eine solidarische Gesellschaft. Wir wissen, dass wir dieses Ziel nicht allein erreichen können.

Auch darum haben wir das Bündnis für Arbeit auf den Weg gebracht.

Eine moderne, eine solidarische Politik, liebe Genossinnen und Genossen, setzt auf die Partnerschaft von Staat und Tarifparteien, von Politik und Verbänden. Eine solche Politik soll nicht die anderen bevormunden, aber sie muss vor allem ihre Verantwortung wahrnehmen.

Der Staat muss auch seinen Bürgerinnen und Bürgern nicht alles vorschreiben. Viele Probleme dieser Gesellschaft lassen sich durch Eigeninitiative und solidarische Selbsthilfe selbst lösen. Das gilt für Elterninitiativen, für Selbsthilfegruppen von Patienten, für die Jugendverbände und Jugendgruppen.

Dies gilt aber auch für unseren inneren Staatsaufbau. Die kommunale Selbstverwaltung und der Föderalismus - sie sind nicht, wie Herr Henkel verkündet, ein Standorthindernis - sie sind ein großer Vorteil, um möglichst bürgernah und demokratisch Probleme zu lösen.

Besonders die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben sich für eine bürgerfreundliche und leistungsfähige Verwaltung eingesetzt.

Deshalb bestehen sie zu Recht darauf, dass der Staat vieler seiner Aufgaben vor allem in der Bildung oder im sozialen Bereich auch weiter wahrnehmen muss und dies nicht allein den Märkten überlassen darf.

Der Staat muss sich auch nicht in den Markt einmischen. Wir brauchen keine staatliche Wirtschaftslenkung.

Das wäre zum anderen auf globalen Märkten unrealistisch. Und dann sollten wir uns in der Programmdebatte auch von einem traditionellen Misstrauen gegenüber den Märkten und der Marktwirtschaft verabschieden.

Voraussetzung dafür ist jedoch, dass auf den Märkten faire Spielregeln herrschen.

Wenn heute an den Börsen Unternehmen verhökert werden wie die Ochsen auf dem Viehmarkt,

wenn die Angst vor feindlichen Übernahmen in den Vorstandsetagen bedeutender Großunternehmen zu fühlen ist,

wenn solche Übernahmen, selbst wenn sie scheitern, zehntausende von Arbeitsplätzen kosten können,

wenn heute der Wert der Aktie der höchste und der Erhalt von Arbeitsplätzen der geringste Wert im Denken von sogenannten Analysten ist,

dann brauchen wir klare Spielregeln, dann brauchen wir eine funktionierende Mitbestimmung und eine wirksame Betriebsverfassung.

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich denke, es ist ein zentrales Thema dieser Programmdebatte, das Verhältnis von Staat und Gesellschaft, Staat und Bürgern neu zu bestimmen.

Das sollten wir nüchtern und ohne ideologische Vorbehalte tun. Unser Ziel muss es sein, dass es mehr und nicht weniger Solidarität in unserer Gesellschaft gibt.

Solidarität ist für junge Menschen kein fremder Wert. Nur sie wollen sie nicht aufgezwungen und verordnet bekommen. Sie sehen nicht ein, warum sie mit anderen solidarisch sein sollen, wenn sie selbst diese Solidarität nicht erfahren.

Und wenn jemand etwas Anderes macht, etwas Neues wagt oder einfach ein paar gute Ideen hat, die andere noch nicht hatten, dann hält er wenig von Vorschriften, von Regeln oder von fürsorglichen Ratschlägen, und seien sie noch so gut gemeint.

Und um ihn noch einmal zu zitieren: Johannes Rau hat uns Gewerkschaften gemahnt, jungen Menschen mehr Mitbestimmung, mehr Einfluss und mehr Gestaltung zu geben.

Und ich denke, diese Mahnung gilt für die SPD und für viele andere Organisationen, die auf solidarisches Handeln angewiesen sind.

Wir brauchen ein neues Verhältnis von Freiheit und Solidarität, von Selbstbestimmung und gemeinsamen Handeln. Die Menschen wollen nicht allein gelassen werden.

Sie wollen keine Gesellschaft, in der jeder der Feind des anderen ist und sich nur der durchsetzt, der die härtesten Ellenbogen hat.

Sie wissen, dass sie ihre eigenen Interessen in einer solidarischen Gesellschaft besser durchsetzen können als im Reich der unbeschränkten Freiheit. Dies gilt nicht für alle, aber für sehr viele.

Und das müssen wir aufgreifen und deutlich sagen:

Wer solidarisch handelt, hilft in erster Linie sich selbst. Solidarität ist ein Wert für die Starken ebenso wie für die Schwachen.

Wer in Frieden leben will, der muss auch Frieden mit seinen Nachbarn halten. Wer will, dass er im Alter noch gut leben kann, der sollte auch dafür sorgen, dass Jüngere im Alter menschenwürdig gesichert sind.

Wer Solidarität gegen Armut und Not in Anspruch nehmen will, der sollte auch solidarisch anderen helfen.

Weder wir Gewerkschaften noch die SPD können und sollten darauf verzichten, darüber zu entscheiden, was eine solidarische Politik konkret bedeutet.

Aber wir sollten den Menschen mehr Rechte, mehr Mitbestimmung, mehr Beteiligungsmöglichkeiten in der Gesellschaft, in der Wirtschaft, in der Politik und auch in unsere Organisationen geben.

Nur wenn jeder sich selbst beteiligen kann, kann er auch solidarisch handeln.

Ich bin da sehr optimistisch, dass dies heute und in Zukunft gelingen wird.

Wolfgang Thierse:

"Sehr herzlichen Dank, Dieter Schulte für diese gute Diskussionsvorlage, die die verschiedenen, sehr aktuellen Aspekte von Solidaritätspolitik, einer Politik für eine solidarische Gesellschaft beleuchtet hat. Wir wollen nun eine Podiumsdiskussion führen und dann in einem zweiten Teil auch das Publikum einbeziehen. Der Moderator hat sich zurück zu halten, das habe ich gelernt. Deswegen erlaube ich mir, einleitend nur - wie sich das für eine Programmdiskussion gehört - ein paar Sätze aus dem geltenden Programm zu zitieren.

Im Berliner Programm sind in den einleitenden Kapiteln über die Grundwerte des Demokratischen Sozialismus genau acht Sätze über Solidarität zu finden. Ich zitiere nur die ersten drei Sätze. Der erste Satz ist die kürzestmögliche Definition von Solidarität. Er heißt: "Solidarität als die Bereitschaft, über Rechtsverpflichtungen hinaus füreinander einzustehen, lässt sich nicht erzwingen." Und dann folgen zwei ebenso schlichte, wie gewichtige Sätze, in denen die Geschichte des Begriffs der Solidarität und ihres Zusammenhangs mit der Arbeiterbewegung auf die kürzestmögliche Weise dargestellt ist - eine geradezu geniale Leistung, ein Verdienst, das besonders Erhard Eppler zukommt. Diese beiden Sätze heißen: "Solidarität hat die Arbeiterbewegung im Kampf für Freiheit und Gleichheit geprägt und ermutigt. Ohne Solidarität gibt es keine menschliche Gesellschaft."

Das ist die Geschichte der Solidarität und der Arbeiterbewegung in nuce. Und die Leistung des Berliner Programms besteht darin, dass dieses Programm den Solidaritäts-Begriff, der für die Arbeiterbewegung prägend war, zugleich aus dem Gruppenzusammenhang der Arbeiterbewegung herausgelöst hat und ihn auf die Gesamtgesellschaft bezogen hat. Das ist die eigentliche programmatische Grundaussage, die in den folgenden Sätzen noch erläutert wird. Ich will diese, unser geltendes Programm bestimmenden drei Dimensionen des Solidaritätsbegriffs noch einmal hervorheben, weil sie Gegenstand der folgenden drei Einleitungsbeiträge sind, die wir jetzt gleich hören werden.

Erstens geht es um Solidarität als Handlungsmotivation und als Handlungsmuster. Was ist damit in einer Gesellschaft gemeint, die durch Individualisierung, durch wachsende gesellschaftliche Differenzierung immer mehr geprägt wird? Dazu haben wir Herrn Professor Münkler um eine Einführung gebeten. Zweitens verstehen wir Solidarität als ein Strukturprinzip, als organisierte Solidarität, die im Sozialstaat konkret wird. Was ist sein Schicksal angesichts von Globalisierung, finanziellen Nöten, mit denen wir es zu tun haben? Darüber, und zwar aus der Perspektive eines europäischen Nachbarlandes mit einer hochentwickelten Sozialstaatstradition, wird uns der dänische Finanzminister, Mogens Lykketoft, Impulse für unsere Diskussion geben. Und drittens: Im Berliner Programm ist ausdrücklich auch von der internationalen Dimension die Rede, früher hätte man gesagt, vom Internationalismus, als einer Form notwendiger politischer Solidarität. Davon wird Heidemarie Wieczorek-Zeul handeln. Insofern haben wir die Beiträge und die Diskussionspartner, glaube ich, ganz gut ausgewählt. Herfried Münkler beginnt, weil das auch systematisch der richtige Ort ist, mit den Grundlagen: Solidarität als Handlungsmotivation und als Handlungsmuster.

Herr Professor Münkler, Sie haben das Wort!"

Herfried Münkler:

„Vielen Dank. Ich hatte, als ich mich bereit erklärt habe, hier über Solidarität nachzudenken, keine Vorstellung davon gehabt, auf einen wie schwierigen und fragilen Begriff ich mich eingelassen habe. Offenbar ist das Entscheidende bei der Bestimmung von Solidarität die Beantwortung der Frage, was das Gemeinsame, das Umgreifende, das Verbindende der miteinander Solidarischen ist? Wer gehört zum Kreis derer, denen gegenüber wir solidarisch sein wollen und zu sein haben?"

Wenn ich es richtig sehe, gibt es tendenziell vier Kandidaten: zunächst die Familie, das Verbindungsprinzip ist das der Verwandtschaft. Dann, klassisch für die Sozialdemokratie, respektive Arbeiterbewegung, die Klasse. Das Verbindungsprinzip ist die gemeinsame soziale Lage. Dann die Bürgerschaft, die zwischenzeitlich stark mit dem Nationsbegriff aufgeladen wurde, was für uns heute nicht mehr so wichtig ist: Formale Zugehörigkeit zu einem politischen Gemeinwesen ist hier das Verbindende. Und schließlich der vierte Kandidat: die Menschheit. Wenn man das in dieser Reihenfolge hintereinander stellt, wird klar, dass mit der Ausweitung des Zugehörigkeitsbereichs die Intensität von Solidaritätserwartungen und Solidaritätszumutungen zurückgeht. Wenn ich mit allen Menschen solidarisch zu sein habe, dann heißt das tendenziell: eigentlich mit niemandem. Wohingegen eine relativ kleine Gruppe mir die Verpflichtung zur Solidarität dicht vor Augen führen kann.

Das heißt, um daraus die erste Konsequenz zu ziehen, ich sehe keine Lösung des Problems hegrenzter Zugehörigkeiten in der Universalisierung, also der Verallgemeinerung von Solidaritätszumutungen auf tendenziell alle Menschen. Universalisierung hat ihren Preis, nämlich die Abschwächung von Solidarität. Wenn wir uns diese vier Kandidaten noch einmal vor Augen führen, so vermute ich, dass Familie für die meisten von uns nach wie vor bedeutsam ist, Bürgerschaft sowieso, Menschheit auch, offenbar ist also Solidarität als Kollektivsingular so ohne weiteres gar nicht mehr sinnvoll, sondern wir bewegen uns in Solidaritäten - also Plural. Was unterschiedliche Zumutungen an uns, ebenso wie unterschiedliche Verpflichtungswahrnehmungen zur Folge hat. Das heißt, wir sollten der Ehrlichkeit halber den Schritt hinter die Bildung der Kollektiv-singulare zurückmachen, und sagen: Solidarität ist etwas, das sich auf unterschiedlichen Ebenen bewegt und notwendig bewegen muss, und diese kurze Phase, in der durch Klasse und Nation im 19. und teilweise noch 20. Jahrhundert Vereinheitlichungen statt gefunden haben, die ausschließliche Loyalitäten gebildet haben, diese Phase haben wir schon verlassen oder sind wir dabei, sie zu verlassen. Aber was heißt das? Offenbar gibt es zur Zeit zwei Gefährdungen für diesen prekären Begriff und die prekäre Verhaltensdisposition Solidarität. Ich möchte das zuspitzen. Die eine Gefährdung ist die Ethisierung, also die Verwandlung von Solidarität in eine rein moralphilosophische Anforderung, und die andere Gefährdung ist die Verrechtlichung, also die Verwandlung von Solidaritätserwartungen in Rechtsansprüche. Was ist dabei das Problem? Offenbar beruht eine starke Vorstellung von Solidarität auf einer gewissen Gleichheit derer, die sie üben und in Anspruch nehmen. Wir gehören entweder durch Verwandtschaft oder durch soziale Lage oder weil wir Bürger dieses Staates sind, zu einem Gemeinsamen. Innerhalb dieses Gemeinsamen sind wir bereit, etwas von uns abfordern zu lassen und auch etwas zu geben. Solidarität ist - Herr Schulte hat an die ursprüngliche Formulierung Brüderlichkeit, fraternité erinnert - eine horizontale Beziehung. Es ist nicht Väterlichkeit, es ist nicht Fürsorglichkeit, auch nicht Mütterlichkeit. Sondern es ist die Beziehung von Gleichen untereinander, wobei das, was das Gleiche ist, unterschiedlich bestimmt werden kann: von der Verwandtschaft, der sozialen Lage, der formalen Zugehörigkeit bis zur Menschheit. Und aus diesem Verhältnis heraus gibt es die

Tendenz, den Solidaritätsbegriff aufzulösen in eine Zumutung an einen Einzelnen: du als Mensch bist gehalten, mit anderen Mitleid zu haben und etwas für sie zu tun. Und dann, scheint mir, verwandelt sich Solidarität unter der Hand in das, was klassisch Barmherzigkeit heißt. Und ich finde, man macht sich etwas vor, wenn man diesen Verwandlungsprozess nicht deutlich formuliert.

Das gilt auch für den Fall, in dem Solidarität nicht mehr auf Freiwilligkeit beruht, die aus der Einsicht in die gemeinsame soziale Lage oder die gemeinsame Zugehörigkeit resultiert, sondern verrechtlicht wird, wo man also einen Anspruch gegenüber dem Staat oder gegenüber einer Versicherung oder wem auch immer hat. Diesen Anspruch kann man einklagen. Die Folge dessen ist ein schwacher Solidaritätsbegriff, weil die Freiwilligkeit der Hilfe nicht mehr enthalten ist. Freiwilligkeit ist eine unhintergehbare Voraussetzung für Solidarität.

Ich will versuchen, das zusammenzufassen:

Solidarität bewegt sich, und deswegen ist der Begriff so schwierig und die entsprechende Verhaltensweise erst recht, in einem Spannungsfeld zwischen formaler Institutionalisierung und ethischer Verpflichtung. Aber dieses Spannungsfeld ist nach keiner der beiden Seiten aufzulösen. Solidarität bewegt sich in einem Spannungsfeld von Einsicht und Motivation. Wir sehen ein, dass es erforderlich ist, in einer gewissen Weise einen Beitrag zur sozialen Kohäsion von Gesellschaft zu leisten. Aber aus der Einsicht resultiert keineswegs immer Motivation, das Eingesehene auch zu tun. Aber sobald wir dazu gezwungen werden müssen, kann von Solidarität nicht mehr die Rede sein. Und drittens ist Solidarität gleichzeitig ein soziopolitischer Wert und eine sozionalistische Ressource. Sie ist ein Wert, an dem sich eine Gesellschaft orientiert und auf den sie sich hinbewegt, der eine Zielvorgabe von politischen Veränderungen darstellt, aber sie ist zugleich auch die Voraussetzung dafür, dass man an die Erreichung dieses Ziels überhaupt denken kann. Solidarität muss immer schon in einer Gesellschaft vorhanden sein, damit sie sich das Ziel stecken kann, solidarischer zu werden. Das ist die eigentliche Crux mit der Solidarität. Diese drei Spannungsfelder, die ich skizziert habe, die Mitte zwischen Institutionalisierung und ethischer Verpflichtung, das Verbindungsglied von Einsicht und Motivation und schließlich die Gleichzeitigkeit von Wert und Ressource machen die Sache mit der Solidarität so schwierig, und sie machen es auch so schwierig, darüber zu reden und zu eindeutigen Formulierungen zu kommen. Das könnte vielleicht auch der Grund dafür sein, dass, wenn ich mich nicht täusche, innerhalb der Sozialdemokratie in den letzten Jahren die Solidaritätssemantik zunehmend verdrängt und überlagert worden ist durch die Gerechtigkeitssemantik. Da werden mir vielleicht die Politiker widersprechen, aber ich glaube, das beobachten zu können. Das heißt, dass man das Moment der Freiwilligkeit und der Anspannung, das Mittehalten zwischen Überforderung und Unterforderung, im Hinblick auf die Solidarität einer Gesellschaft aufrecht erhalten muss. Was Überforderung ist, ist klar, darüber wird gerne und viel geredet: Wo Menschen mit Solidaritätszumutungen überfordert sind, da desertieren sie zunehmend aus diesen Zumutungen. Die andere Seite, über die weniger geredet wird, ist die Unterforderung. Also auch das Nichtwahrnehmen praktisch geübter Solidarität als Solidarität, was eine Folge von Verrechtlichungsprozessen ist. Weil Steuern und Abgaben immer schon abgezogen werden, merken wir nicht, wo wir tatsächlich Solidarität üben. Das heißt: solange man auf der politischen Linken dazu neigt, Fortschritt als Verrechtlichung von ethischen Erwartungen zu definieren, wird man nicht in der Lage sein, die Paradoxie von Solidarität einzuholen. Vielen Dank.

Wolfgang Thierse: „Danke schön. Wir kommen in der Diskussion darauf zurück. Und nun der dänische Finanzminister und sozialdemokratische Genosse Mogens Lykketoft.“

Mogens Lykketoft:

„Danke sehr. Danke sehr, dass ich heute für diese Diskussion eingeladen worden bin, über die Erfahrungen der dänischen Sozialdemokraten in den 90iger Jahren zu sprechen, Erfahrungen über das Verhältnis und die Bilanz zwischen individueller Freiheit und Solidarität, zwischen der Notwendigkeit, die Konkurrenzkraft unserer Gesellschaft zu stärken und den Zusammenhalt der Gesellschaft zu sichern. Ich kann ein bisschen deutsch sprechen, aber entschuldigen Sie, dass ich in der Fortsetzung englisch spreche, ich verstehe, was Sie sagen und vielleicht kann ich auch etwas in deutsch antworten.“

Libérale Wirtschaftswissenschaftler und Philosophen haben sich in den vergangenen Jahren gefragt, wie es den skandinavischen Gesellschaften gelingt, sich positiv zu entwickeln, zu steigern und Arbeitsplätze zu schaffen. Wie kommt es, dass dieses schwerfällige Gefährt in Gang kommt? Wie kann das sein, angesichts der intensiven Besteuerung und der sozialen Sicherheit, die wir bieten? Man muss dabei verstehen, dass ein wesentliches Element die grundlegende Umwälzung der Gesellschaft war, die sich als Folge des Eintritts einer großen Zahl von Frauen auf den Arbeitsmarkt ergab. Denn die Form des modernen dänischen Sozialstaats ist auch auf die Tatsache zurückzuführen, dass fast ebenso viele Frauen erwerbstätig wurden, wie Männer, wodurch die Notwendigkeit bestand, öffentliche Angebote zu schaffen, die es in der Vergangenheit nicht gab. Man versorgte nun ältere Menschen, Kinder, Kranke, um die sich zuvor und unsichtbar die Frauen in unbezahlter Familienarbeit gekümmert hatten.

Wenn Sie einmal die Vereinigten Staaten und Dänemark vergleichen und sich die durchschnittliche Mittelschichtfamilie – Ehemann, Ehefrau und zwei Kinder – ansehen, erkennen Sie eine hervorragende Illustration einer solidarischen Gesellschaft. Der Lebensstandard unterscheidet sich kaum. Die Summe, die diesen Familien für tägliche Ausgaben, Freizeit und Urlaub zur Verfügung steht, ist ungefähr gleich. Doch es wird unterschiedlich gezahlt: höhere Steuern, größere Ausgaben für private Versicherungen, hohe direkte Zahlungen für soziale Leistungen, Gesundheitswesen und Kindergärten in Amerika. Hohe Steuern, geringe Ausgaben für private Versicherungen und niedrige Beiträge für soziale Leistungen in Dänemark. Das macht bei der durchschnittlichen Mittelschichtfamilie keinen großen Unterschied. Aber es bedeutet sehr viel für die Minderheiten, die am unteren Ende der Gesellschaft stehen. Es bedeutet auch einen großen Unterschied, was die Möglichkeiten der Verbraucher in der Gesellschaft angeht.

Die Lage in Dänemark ist eine wesentlich bessere für die Schwachen, für Menschen, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind oder gesundheitliche Probleme haben. Diese Gruppen leben besser in Skandinavien oder überhaupt in Westeuropa, als in den USA. Das Gute dabei ist, dass zumindest in Dänemark die Meisten, die über ein hohes Einkommen verfügen, begreifen, dass es langfristig in ihrem eigenen Interesse ist, in einer Gesellschaft zu leben, in der es keine großen Einkommensunterschiede gibt, und damit nicht die Probleme mangelnder Stabilität, Kriminalität, Disparitäten in der Gesellschaft, die Folge einer sehr ungleichen Einkommensverteilung sind. Und darum geht es bei der Solidarität.

In den neunziger Jahren war Dänemark mit dem Problem der Massenarbeitslosigkeit konfrontiert, und die Regierung war sich der Tatsache bewusst, dass die wichtigste Bedingung zur Schaffung und Wahrung einer Solidargemeinschaft die Schaffung von Arbeitsplätzen ist. Die Arbeitslosigkeit ist die Hauptursache für soziale Ungleichheit. Daher war die Schaffung von Arbeitsplätzen von großer Wichtigkeit. Wir haben Arbeitsplätze geschaffen. Damals hatten wir im Vergleich zur Europäischen Union eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit. Heute liegt die Arbeitslosigkeit bei uns unter dem EU-Durchschnitt.

Vielleicht sahen nicht alle Teile der Gesellschaft die Maßnahmen, die wir damals ergriffen, als Beitrag zu mehr Solidarität an. Viele – selbst Vertreter der Gewerkschaften – glaubten, dass Solidarität bedeutet, passive Transferzahlungen an Erwerbslose zu leisten. Es ging ihnen nicht darum, etwas von den einzelnen Betroffenen zu fordern. Wir allerdings investierten in eine Arbeitsmarktpolitik, durch die jedem ein Angebot von Aus- und Weiterbildung und Beschäftigung gemacht werden konnte. Unsere Arbeitsmarktpolitik orientierte sich nicht am liberalen Modell der Verringerung der Mindestlöhne und Kürzung des Arbeitslosengeldes, um so Arbeitsplätze zu schaffen. Wir arbeiteten an einer wesentlich ehrgeizigeren Arbeitsmarktpolitik, indem wir beschlossen, denen, die aktuell nicht produktiv genug waren, um auf der unteren Ebene des Arbeitsmarktes Beschäftigung zu finden, die Fähigkeit und Qualifikationen zu vermitteln, um zumindest in diesen Sektoren Arbeit zu finden. Das ist eine wesentlich solidarischere Antwort auf das Problem der Arbeitslosigkeit. Und ich glaube, dass die Realität gezeigt hat, dass diese Strategie greifen kann.

Natürlich hat das auch mit der Art und Weise zu tun, in der man ein solidarisches System aufbaut und mit der Flexibilität der Wirtschaft, die man fördert. Wenn Sie heute Dänemark und Deutschland vergleichen, dann zeigt sich, dass wir eine etwas bessere Mischung bei der Arbeitsteilung zwischen dem Sozialstaat und der Wirtschaft erreicht haben, denn es ist in Dänemark sehr einfach, einzustellen und zu entlassen, was natürlich nicht unserer Vorstellung von Solidarität entspricht. Aber wir haben auch ein System der Arbeitslosenversicherung geschaffen, das einen staatlichen Ausgleich für Niedriglohnbezieher darstellt. Dafür brauchen wir jedoch höhere Steuern, denn die Verantwortung wird nicht der Wirtschaft übertragen. Die Wirtschaft ist zögerlich bei der Einstellung neuer Arbeitskräfte in Zeiten des Aufschwungs, denn sie weiß, dass sie letztlich die Kosten tragen muss, selbst wenn sie dazu nicht die Möglichkeit hat. Im dänischen System gibt es im Grunde eine Art Gesellschaftsvertrag, der diesen Ansatz berücksichtigt, im Gegensatz zu einem hohen Entschädigungsniveau innerhalb des Systems der Versicherung. Die Flexibilität bei Einstellung und Entlassung hat jedenfalls zusammen mit der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu einem starken Anstieg der Beschäftigung in unserem Land beigetragen.

Im Zusammenhang mit der Solidarität muss ein weiterer Aspekt betrachtet werden: Es handelt sich nicht nur um die Unterstützung der Schwachen, Machtlosen, der Menschen mit niedrigem Einkommen. Es handelt sich auch um die Solidarität der Generationen untereinander. Hier denke ich an die Generation in Europa, die mehr Sozialleistungen in Anspruch nimmt, als wir je finanziert haben, die das Gefühl hat, hohe Staatsschulden zu verantworten und sich in der Zeit des Aufschwungs sehr verantwortlich für den Abbau dieser Schulden fühlt. Unsere Kinder sollen nicht gezwungen sein, auch die Renten für diese starke Generation der geburtenstarken Jahrgänge der vierziger Jahre zu zahlen, und damit die Schulden, die wir erzeugt haben. Auch das ist ein Problem der Solidarität. Es zu lösen ist nicht leicht. Ich bin

Finanzminister und weiß, wie schwer es ist, Schulden zu tilgen, wenn man kein Geld hat. Bei den Sozialdemokraten und Gewerkschaftern, in der Gesellschaft überhaupt, hört man viele Ideen, wie gerade heute wieder Geld für genau diese Generation ausgegeben werden soll.

Doch ich möchte zum Abschluss über die Solidarität mit der Generation der Zukunft sprechen. Die Sozialdemokratische Partei Dänemarks möchte alle Talente der Gesellschaft mobilisieren, um mehr zu produzieren, mehr Wohlstand zu schaffen, bessere Ergebnisse zu erzielen, um den Sozialstaat abzusichern und die nötigen Kosten zu decken.

Die Mobilisierung bezieht sich meist auf die Frauen. Jedoch weniger in Dänemark, denn dort sind sie bereits vertreten. Mobilisierung bezieht sich bei uns vor allem auf die Integration der von der Gesellschaft marginalisierten Gruppen, Einwanderer und andere, und bedeutet auch, dass man besondere Stellen, besonders reizvolle Posten für diejenigen zur Verfügung stellt, die vielleicht nicht über alle erforderlichen Fähigkeiten verfügen, aber entschlossen sind, auf dem Arbeitsmarkt aktiv zu sein. Da lassen sich zum Beispiel viele ältere Menschen mobilisieren, deren durchschnittlicher Rentenaltersbeginn in der Praxis viel später liegt, als der Zeitpunkt, den wir heute in unseren Gesellschaften dafür vorsehen. Ich denke nicht, dass es den Interessen älterer Menschen widerspricht, wenn man Traditionen, Bestimmungen und ein Umfeld schafft, in dem sie erwerbstätig bleiben können, und zwar unter selbstgewählten Bedingungen: kürzere Arbeitszeit, weniger Zuständigkeiten, ein Schritt für Schritt erfolgender Rückzug aus dem Arbeitsleben. Das ist eine Chance, denn sie können damit so leben, wie sie wollen und wir sichern damit die Hände und Köpfe, die wir brauchen, um unsere Gesellschaft der Zukunft zu entwickeln.

Bei den heftigen Diskussionen, die wir in Dänemark über die Änderung des Rentensystems hatten, habe ich das wie folgt formuliert: dem Arbeiter mit 55 Jahren scheint eine Veränderung dieses Systems nicht sinnvoll, doch wenn man nach vorne blickt und an die nächste Generation denkt, sieht man Menschen, die überwiegend keine harte körperliche Arbeit kennen lernen. Viele werden erst kurz vor dem dreißigsten Lebensjahr ihre Ausbildung beenden, ihre Lebensperspektive umfasst jedoch 90 Jahre. Da ist es nicht sinnvoll, dass sie nur dreißig Jahre erwerbstätig sind. So sieht die Zukunft aus.

Wenn wir dann die wirtschaftliche Grundlage für das solidarische Sozialwesen der Zukunft geschaffen haben, müssen wir die entsprechenden Institutionen und Denkweisen begründen, die mit dieser Entwicklung in Einklang stehen: das Bildungssystem, denn es wird einen hohen Bedarf an Bildung und Weiterbildung geben, die verbesserte Gesundheitsversorgung angesichts des höheren Lebensalters der Menschen. Das Konzept der Solidargemeinschaft der fünfziger und sechziger Jahre greift dann zu kurz. Dies sind die grundlegenden und zugleich sehr interessanten Herausforderungen für die Sozialdemokraten und die sozialdemokratische Arbeiterbewegung zum Beginn des 21. Jahrhunderts.

Danke sehr.“

Wolfgang Thierse:

„Danke schön. Und nun Heidemarie Więczorek-Zeul zum Schicksal – ja wie soll ich das nennen, des Internationalismus als eine Übersetzung von Solidarität unter den Bedingungen der Globalisierung.“

Heidemarie Wieczorek-Zeul:

„Wenn ich darf, würde ich zu Beginn gerne einen Rückhezug nehmen zum Grundsatzprogramm, denn ähnlich wie es Wolfgang getan hat, glaube ich, dass es in Bezug auf die Verschränkung der Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in den Beratungen des Berliner Programms eine solche Austarierung gegeben hat, die meines Erachtens nach wie vor zukunftsorientiert ist. An dieser Stelle - wie auch in anderen Bereichen - ist das Berliner Programm meines Erachtens nicht überarbeitungsbedürftig. Es ist notwendig, dass wir uns über die Frage, wie wir die Prinzipien unter veränderten Bedingungen - auch der Globalisierung - umsetzen, sehr ausführlich unterhalten. Das will ich tun. Aber ich glaube, die Orientierung, die bezogen auf den Grundwert Solidarität gegeben ist, ist eine, die unseren Übelzeugungen nach wie vor gerecht wird.“

Ich schließe an die Punkte an, die Wolfgang genannt hat und zitiere zwei Passagen: „Solidarität ist zugleich Waffe der Schwachen im Kampf um ihr Recht und Konsequenz aus der Einsicht, dass der Mensch der Mitmenschen bedarf. Wir können als Freie und Gleiche nur dann menschlich miteinander leben, wenn wir füreinander eintreten und die Freiheit des anderen wollen.“ Und dann an einer weiteren Stelle: „Solidarität gebietet auch, dass die Menschen in der Dritten Welt“ - da war der Sprachgebrauch doch noch etwas paternalistisch - „die Chance für ein menschenwürdiges Leben erhalten. Kommende Generationen, über deren Lebenschancen wir heute entscheiden, haben Anspruch auf unsere Solidarität.“ Das ist eine der Ausgangspositionen, auf die ich mich dann noch mal beziehen will. Und nun muss ich zugeben, bin ich natürlich auch geprägt durch Erfahrungen, die mit meiner Arbeit als Ministerin zu tun haben, so dass mir das manchmal so geht, wenn ich von Besuchen in Partnerländern zurück komme, dass ich mich frage, worüber wir eigentlich jetzt hier in unserem Land, in der Bundesrepublik, diskutieren. Aber ich will noch einmal sagen, dass wir als Sozialdemokraten einen Solidaritätsbegriff haben, der durchaus international geprägt ist. Ich komme zu der Frage, wie stark man sich überfordern darf später zurück.

Aber wenn das der Begriff ist, dann muss man sich trotzdem mit den Herausforderungen noch einmal konfrontieren, damit man sieht, wie weit wir mit dem Grundwert und der Realität in der Welt auseinander sind. Nun könnte ja mancher sagen, weil wir es nicht ändern können, brauchen wir uns damit nicht konfrontieren. Aber dann glaube ich, würden wir an einem Teil der Verpflichtungen, zu denen wir aufgerufen sind, vorbeigehen. Also einfach noch einmal in Erinnerung gerufen: Die Hälfte der heute 6 Milliarden auf der Welt lebenden Menschen leben von weniger als zwei US-Dollar am Tag. Die Hälfte. Und wir werden ja, selbst mit langsamerem Bevölkerungswachstum, trotzdem in den nächsten Jahrzehnten auf etwa 8 Milliarden Menschen anwachsen - und das zum großen Teil eben in Entwicklungsländern. 70 Prozent der 1,2 Milliarden Menschen, die nur über einen US-Dollar am Tag verfügen, sind Frauen. Auch das macht deutlich, wie die Relationen in diesem Bereich sind. Die ärmsten Entwicklungsländer haben einen Anteil von 0,5 Prozent am gesamten Welthandel. Und, wenn man Bezug auf die neue Debatte um Digital Divide nimmt, also die Kluft in Bezug auf den Zugang zu den Informations- und Kommunikationstechnologien und Internet, dann sind 90 Prozent der Internet-Benutzer in den Industrieländern. Auf dem gesamten afrikanischen Kontinent gibt es gerade soviel Internetanschlüsse wie in ganz New York - damit man sich auch da die Relationen deutlich machen kann.

Und - ein zweiter Punkt - wir haben ja bei dem Grundwert Solidarität auch gesagt, kommende Generationen, deren Lebenschancen wir heute entscheiden, haben Anspruch auf unsere Solidarität. Da ist dann die wichtige Herausforderung, der wir uns stellen müssen, der Klimawandel. Und ich muss ehrlich sagen, manche Diskussionen, z.B. die kurzsichtige und wirklich perspektivlose Kritik der ökologischen Steuerreform, ist mir vor einem solchen Hintergrund überhaupt nicht nachvollziehbar. Das ist die Herausforderung, vor der wir stehen. Wenn wir so leben wollen, dass künftige Generationen - und darum geht es ja bei der nachhaltigen Entwicklung - noch eine Chance haben, ihre eigene Zukunft zu gestalten, dann müssen wir dazu beitragen, dass wir Energieeffizienz, Energieeinsparung und neue Technologien fördern. Denn auch um das an einem Beispiel deutlich zu machen: Die Fortsetzung des alten Technologiemodells und seine Übertragung auf sich industrialisierende Länder - und die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder wollen wir ja unter dem Gesichtspunkt Solidarität und Gerechtigkeit - etwa am Beispiel China heißt, dass China nach diesem Muster im Jahr 2020 soviel Öl verbrauchen würde wie heute die USA. Es wird deutlich: Ohne neue Technologien in diesem Bereich, ohne darauf zu orientieren, Impulse zu geben für Energieeinsparung, Effizienz und erneuerbare Energien, bedeutet das den sicheren Klimawandel mit allen Konsequenzen, die dieser mit sich bringt. Und damit würde man jedenfalls der Solidarität gegenüber künftigen Generationen ins Gesicht schlagen. Denn das heißt im übrigen auch, dass die Länder, die am wenigsten die Treibhausmissionen verursachen, am ehesten die Opfer sind, sie versinken nämlich am schnellsten in den Fluten.

Woran hapert es eigentlich in diesen beiden Fragen? Meine Analyse, warum wir häufig nicht die Konsequenzen ziehen, die eigentlich gezogen werden müssten, hängt damit zusammen, dass diejenigen, über deren Schicksal entschieden wird, nicht auf unserem Boden wählen. Die 1,2 Milliarden Menschen, um die es geht, wählen in ihren jeweiligen Ländern. Wir, die wir entscheiden müssten, einen Teil auch bei uns mit zu verändern, wir haben sie sozusagen nicht als unsere unmittelbare Wählerschaft. Und die Generationen, die erst geboren werden, haben noch nicht die Chance zu wählen. Das ist ein grundlegendes Problem, weshalb, glaube ich, an diesen Stellen die Frage der nachhaltigen Entwicklung und auch der Solidarität bisher in Konflikt mit den eigenen Ansprüchen geraten.

Das gesagt, bin ich trotz all der Probleme hoffnungsfreudiger als mancher, der sich hier geäußert hat. Und zwar auch, was die Frage des Umfangs von Solidarität, der schon besteht, anlangt. Ich habe zu Rudolf, als vorhin Herr Münkler gesprochen hat, gesagt, ich glaube einfach nicht, und ich denke, dass man das auch belegen kann, dass es stimmt, dass man sagt, je weiter die Entfernung umso weniger trägt das Solidaritätsprinzip. Wer hat uns zum Beispiel, wer hat Rudolf Scharping in Bezug auf Mosambik in letzter Konsequenz mit motiviert, mit Hubschraubern Menschen dort zu retten? Das war auch ein Teil der veröffentlichten Meinung, auch ein Großteil der Menschen, die gesagt haben, dem kann man nicht zusehen. Und das war so unmittelbar, als wäre es im Nachbardorf. Das hängt natürlich auch mit der Frage der anderen Kommunikation in unseren Lebensverhältnissen zusammen. Ich kenne jetzt alle die Einwände - Stichwort „CNN“ und was auch immer -, die ich Herrn Münkler aus den Augen habe leuchten sehen. Trotzdem muss man sich, glaube ich, gerade unter Bedingungen der globalen Information und Kommunikation sagen, dass die traditionellen Vorstellungen, dass die Solidarität in der unmittelbaren Nähe stärker wäre, dass das vielleicht keine dauerhaft tragfähige Grundannahme ist.

Oder auch: Spendenaktionen, die Leute motivieren. Ich nehme jetzt ein ganz praktisches Beispiel: Was zwingt die Eltern und Kinder etwa in der Schule in Wiesbaden, der Helene-Lange-Schule, seit mehreren Jahren pro Monat 2,50 DM in einen Topf zu bezahlen, aus dem sie dann Kindern in Nepal den Schulbesuch finanzieren? Nicht nur den Schulbesuch, sondern auch die Kleidung, weil häufig der Schulbesuch eben auch daran scheitert, dass Kinder einfach die Kleidung nicht haben, um überhaupt in die Schule gehen zu können. Das heißt also, es gibt all diese Solidarität in der Tat, und es ist keine erzwungene Solidarität.

Dritter Punkt - und das ist für mich eine beispielhafte Aktion für die Globalisierung von Solidarität: Die Entschuldungsinitiative Die Entschuldungsinitiative hat dadurch begonnen, das muss man ganz offen und ehrlich sagen, dass viele zivilgesellschaftliche Organisationen, Kirchen, Entschuldungsinitiativen Jubile 2000, in allen unseren europäischen Ländern aktiv waren, in den Entwicklungsländern aktiv waren und es hat funktioniert. Es hat als ein Akt globaler Solidarität Institutionen wie die Weltbank und IWF bewegt und in den Fragen auch verändert. Dies hängt auch damit zusammen, dass es Regierungen gab, die die Initiative mit aufgegriffen haben und sie in einer gemeinsamen Aktion mit den entsprechenden zivilgesellschaftlichen Akteuren in praktische Politik umgesetzt haben. Das ist für mich ein Beispiel der Globalisierung von Solidarität, wie wir das in vielen anderen Bereichen auch versuchen müssen.

Ich glaube, dass wir in eine Richtung gehen müssen, wie sie eine Gruppe von Wissenschaftlern, die sich als Gruppe von Lissahon vor ein paar Jahren geäußert hat, vorgeschlagen hat. Um die Frage der Globalisierung von Solidarität voranzubringen, und zwar nicht im Sinne jetzt von rechtlichen Regelungen oder dergleichen, benötigen wir, wie sie es nennen, eigentlich neue soziale Verträge. Und ich nenne einfach die vier Felder, in denen ich denke, in denen diese Diskussionen und dann auch die Veränderungen stattfinden müssen. Vertrag ist immer in Anführungszeichen zu verstehen, also dem „contrat social“, wenn man so will, nachempfunden.

Erstens: Der Vertrag der Stillung der Grundbedürfnisse, das heißt auch der Bekämpfung von Armut weltweit. Wir sind in der Verpflichtung weiter voran gekommen. Die Staats- und Regierungschefs haben sich bei dem Millenniumsgipfel darauf verpflichtet, bis zum Jahre 2015 dazu beizutragen, dass der Anteil der Menschen, die in absoluter Armut leben, um die Hälfte reduziert werden soll, und dass alle Kinder bis zum 14. Lebensjahr die Chance haben sollen, in die Schule zu gehen. Das hat massive Konsequenzen. Aber das ist ein Vertrag, denke ich, der mit Blick auf die Zukunft auch in unserem Interesse ist. Stichwort Bildung, Stichwort Gesundheit, Stichwort Familienplanung.

Der zweite Vertrag, wenn man so will, steht unter dem Gesichtspunkt demokratischer Gestaltung in der globalen Entwicklung. Es ist ein Sachverhalt, dass wir eigentlich keine Institution, kein Gremium haben - außer den Vereinten Nationen - in dem es wirklich auch zu wirtschaftlichen Fragen so etwas wie eine wirkliche globale Abstimmung gibt. Wir haben alle Institutionen, wir haben die Weltbank, wir haben den IWF, aber die leiden auch alle darunter, dass jedenfalls sie von den Entwicklungsländern als Institutionen betrachtet werden, die eigentlich nur die reicheren Länder repräsentieren. Und wenn es um die Frage eines Demokratievertrages geht, glaube ich, müssen wir die Diskussion über die Frage führen:

Brauchen wir so etwas wie einen UN-Sicherheitsrat für Wirtschaftspolitik, in den auch diejenigen einbezogen werden, die bisher in den anderen Institutionen ihre Stimme nicht haben? Können wir eine solche Entwicklung unterstützen?

Dritter Punkt, den haben die Wissenschaftler sehr ausführlich dargestellt, das sage ich nur als Merkposten, und man wird daran sehen, wie weit wir in einem Teil der deutschen Diskussion dahinter zurückbleiben. Sie nennen das einen Kulturvertrag, bei dem es um Toleranz und interkulturellen Dialog geht. Denn auch das ist ja praktisch Teil der Beteiligung derjenigen, die bisher keine Chance haben, mit Einfluss zu nehmen.

Der vierte Vertrag schließt wieder an die Frage Zukunft der künftigen Generationen an. Sie nennen das den Erdvertrag, das heißt, dazu beizutragen, dass alle Ergebnisse, die bisher in den Fragen der Ressourcen, des Ressourcenschutzes, des Umweltschutzes und der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen vereinbart wurden, auch umgesetzt werden - auch in gemeinsamen Verträgen. Auch da haben wir vieles beschlossen. Die Frage ist eigentlich immer, leben wir dann denn den eigenen Prinzipien nach.

Schlussfolgerung: Die Aufgabe für das 21. Jahrhundert ist, und das müssen wir auch im neuen Programm formulieren, dass wir bezogen auf die globale Entwicklung die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft, die wir ja historisch im Rahmen des Nationalstaats entwickelt und verankert haben, das wir sie im globalen Maßstab verankern müssen. Natürlich nicht nachempfunden den nationalstaatlichen Regelungen, die wir im einzelnen haben, aber eben sie verankern müssen, ebenso wie ökologische Regeln. Denn eines ist klar: Was schon im Nationalstaat schreckliche Wirkungen hätte, zu Lasten des Prinzips der Solidarität, wenn man alles dem Markt überlässt, würde im internationalen Maßstab bedeuten, dass die Auseinanderentwicklungen, die ich zu Anfang geschildert habe, dramatisch zunehmen würden. Infolge dessen ist das die Gestaltungsaufgabe, vor der wir stehen: Das Prinzip Solidarität über die Zivilgesellschaft, über alle Beteiligten in der Gesellschaft, über die Nationalstaaten aber auch eben vor allen Dingen über neue Institutionen, global zu verankern. Mir ist, da ich in dem Bereich praktisch arbeite, absolut klar, dass dies eine sehr langfristige Vision ist. Aber die Vision, vor der die Sozialdemokratie jedenfalls stand vor mehr als 100 Jahren war, das Prinzip Solidarität nicht nur im genossenschaftlichen Bereich, sondern auch im Sozialstaat zu verankern. Heute besteht die Aufgabe darin, die Solidarität global zu verankern. Danke sehr.“

Wolfgang Thierse:

"Herzlichen Dank. Während ich den drei Statements zugehört habe, hat sich bei mir die Überzeugung verfestigt, dass die zentrale Frage, der sich Sozialdemokraten in einer Programmdebatte bezogen auf den Grundwert Solidarität stellen müssen, drastisch zugespitzt lauter: Wie viel staatlich garantierte Solidarität, wie viel politisch organisierte Solidarität brauchen wir und wo ist, um es in der gleichen Terminologie zu sagen, Entstaatlichung von Solidarität sinnvoll? Das heißt, wo ist das Zulassen oder das Befördern von - wie wir das jetzt neuhochdeutsch nennen - zivilgesellschaftlichen Organisationsformen von Solidarität eine sinnvollere Alternative?"

Eine Vorfrage zunächst an Herrn Münkler: Nach meinem Eindruck gilt es einen Widerspruch aufzuklären. Richtig ist, dass die Solidaritätsbereitschaft in unserer Gesellschaft nicht generell fehlt. Wir haben sie im Nahbereich. Sie wird temporär, partiell, wahlweise gewährt, nicht mehr zeitlebens und vorgegeben durch Organisationen, Traditionen und Milieu. Andererseits haben wir sie durchaus auch im Fernbereich, bezogen auf einen sehr weiten Horizont der Anteilnahme und des Engagements, nämlich als Solidarität mit ganz anderen Teilen der Welt. Heidemarie Wiczorek-Zeul hat daran erinnert, dass die Spendenbereitschaft für Hilfe gegen Armut, bei Notfällen irgendwo auf der Welt, unverändert sehr groß ist. Was mir das eigentliche Problem zu sein scheint und dies ist auch ein politisches Problem, dass es gewissermaßen auf mittlere Distanz, wo Politik stattfindet, also die Ebene der Gesellschaft, des Nationalstaates, schwieriger geworden ist. Insofern die Bereitschaft zu Solidarität eine Grundlage dafür ist, wovon gesellschaftliche Organisationen, Gewerkschaften, Kirchen, Parteien leben, sehen wir abnehmendes Engagement. Ist diese Beobachtung richtig? Wenn ja: Soll man etwas dagegen tun, um das zu verändern? Was bedeutet das für die Politik, die versucht, soziale Gerechtigkeit zu organisieren? Solidarität geht nicht ohne Umverteilung, aber auch nicht ohne Solidaritätsbereitschaft. Wie können wir Solidaritätsbereitschaft auf der Ebene der Gesellschaft verwirklichen, wenn sie in bezug auf den Staat eher abnimmt, aber im Nahbereich und im Fernbereich immer noch stark ist? Wie können wir vor diesem Hintergrund Handlungsmotivationen für Solidarität befördern?"

Herfried Münkler:

„Zunächst wird in dieser Retrospektive noch einmal sichtbar, welche Bedeutung die Verbindung von Nation und Staat in der europäischen Geschichte - und nur dort hat sich beides in dieser Weise zusammengefügt - gehabt hat. Es gibt Staaten, es gibt Nationsvorstellungen, und beide können miteinander politisch konkurrieren, aber in Europa ist das im 18./19. Jahrhundert zusammengekommen und hat sich als Nationalstaat durchgesetzt. Was da zusammengekommen ist, ist eine hohe Steuerungskapazität, wie sie der Staat besitzt, und in der Nation die Vorstellung, einer vorgestellten Gemeinschaft, eine imagined community, wie Benedict Andersen das genannt hat. Also die Idee, dass diejenigen, die in Schleswig-Holstein sind, gewisse Erwartungen haben dürfen an diejenigen, die in Bayern leben, weil sie einer Nation angehören. Man kann freilich auch sagen, dass die Kriegsführungsfähigkeit der europäischen Nationalstaaten der äußerste Punkt dieser Solidaritätszumutungen gewesen ist - Solidarität und Opferbereitschaft sind einander ja nicht fremd. Deswegen ist es immer sehr schwierig, über diese Fragen zu sprechen. Aber ich will darüber auch gar nicht lange reden. Worum es mir geht, ist das Zusammentreffen von politischer Steuerungskapazität und motivationaler Mobilisierungsfähigkeit im

Nationalstaat, die die Voraussetzung für die Entwicklung des Sozial- und Wohlfahrtsstaates gewesen ist. Das löst sich jetzt auf, und diese allmähliche Auflösung ist sicherlich auch nicht aufhaltbar. Es erklärt zugleich, warum in Gesellschaften, in denen sich diese beiden Konzepte voneinander lösen, ohne sich wirklich zu trennen, es eine Reihe von Leuten gibt, die nationalistisch werden, um Solidaritätsansprüche einzuklagen. Das sind diejenigen, die in diesem Prozess der Separierung von Staat und Nation zu Verlierern werden und die Solidarität nicht über die Klassenlage, sondern über Zugehörigkeit zur Nation einklagen. Das sind Entwicklungen, die in der Regel mit mehr Kosten als Gewinn versehen sind. Aber es gibt Substitute des Nationsbegriffs, die zugleich Abstufung von Solidaritäten darstellen, in den kleinen Gemeinden und den örtlichen Initiativen etwa, wo Generationensolidarität in einem neuen Sinn erprobt wird. Hier leisten Leute gewisse soziale Dienste, die sie aber nicht ausbezahlt bekommen, sondern die versehen werden mit einer gewissen Erwartungssicherheit, dass ihnen in 30 Jahren von den dann in diesen Gebieten Lebenden ähnliches zurückerstattet wird. Da gibt es ja eine Reihe von Projekten, die man beobachten muss, um zu erfahren, inwieweit hier auf relativ niedrigen Ebenen so etwas wächst und sich bewährt. Es kann freilich auch sein, dass sich das überhaupt nicht bewährt, sondern dass einige moralisch hochmotivierte Leute investieren, aber es wird niemanden geben, der ihnen dann zurückgibt. Man muss das über lange Zeiträume verfolgen. Aber das alles ersetzt natürlich nicht die auf mittlerer Ebene inkludierende Vorstellung der Nation. Sicher: Man hat auch unterhalb der Nation, etwa in den Regionen, Solidaritätsvorstellungen; und auch über die Nation hinausgreifend gibt es entsprechende Konzepte, etwa Europa oder den Weltzusammenhang. Aber mit der Nation ist eine entscheidende Solidaritätszumutungsressource erodiert, was ganz zweifellos die Handlungsfähigkeit der sozialdemokratischen Parteien in Westeuropa erheblich geschwächt hat.“

Wolfgang Thierse:

"Ich nehme noch einmal das Wort von der "verstaatlichten" Solidarität in den Mund. Wenn ich die Definition aus dem Berliner Programm in Erinnerung rufen darf: "Solidarität ist die Bereitschaft, über Rechtsverpflichtungen hinaus für einander einzustehen", dann führt das zu der Frage - und das hat nicht nur mit Finanznöten zu tun - wie wir künftig zwischen der auf sozialstaatlicher, also rechtsverbindlicher Praxis und freiwilliger, auf mitmenschlich-gesellschaftlicher Praxis basierender Solidarität eine richtige Balance finden sollen. Ich glaube, dass der Sozialstaat die größte europäische Kulturleistung ist. Und der Sozialstaat ist organisierte Solidarität, die wir im Prinzip nicht in Frage stellen sollten. Aber wir machen gelegentlich auch die Erfahrung, dass Verstaatlichung von Solidarität die Bereitschaft und Motivation für solidarisches Handeln auch verzehrt. Solidarität wird allzu leicht delegiert und schließlich behördlich monopolisiert. Das fördert nicht die Solidaritätsbereitschaft, die Motivation der Individuen. Wenn der Staat zuständig ist, ist das freie Individuum, das selbstverantwortliche Individuum entlastet. Wie kann man ein neues Verhältnis gewinnen zwischen der weiterhin, nach unserer Überzeugung bestehenden Verpflichtung des Staates, solidarische Beziehungen zu organisieren und dem was das Individuum mehr als bisher vernünftigerweise leisten soll?"

Mogens Lykketoft:

Möglicherweise wird diese Diskussion in einem kleinen Land wie Dänemark anders geführt, als in einer großen Nation, wie Deutschland. Denn in Dänemark und in Skandinavien gibt es

eine Unterstützung für das Modell einer Wohlfahrtsgesellschaft. Mit einer Abweichung von +/- 10 Prozent würde ich es durchaus als einen politischen Konsens bezeichnen. Zumindest sind die politischen Differenzen bei diesem Thema nicht sehr stark ausgeprägt. Vielleicht hat das auch damit zu tun, dass wir, auch wenn wir ein kleines Land sind, das soziale System sehr stark dezentralisiert und die Kommunen intensiv eingebunden haben. In der dänischen Praxis des Sozialstaats haben wir ebenso viel lokale Demokratie, wie bei den Bundesländern in Deutschland, was, angesichts der Größe des Landes, vielen als eine sehr starke Demokratisierung erscheint. Doch die Zuständigkeit der Kommunen ist ein wichtiger Faktor, um die Unterstützung der Menschen zu gewinnen, die hinter diesem System stehen. Andererseits haben wir in jüngerer Zeit erfahren – Sie wissen, ich meine das Referendum zum Euro –, dass die Mobilisierung der Solidarität schwieriger ist und es weniger gelingt, die Bereitschaft zur Zusammenarbeit zu erzeugen, um gemeinsame Lösungen für Probleme zu finden, die sich nur gemeinschaftlich lösen lassen. Das entspricht vielleicht auch den Problemen, die Sie in Bezug auf Deutschland genannt haben. Doch ich möchte darauf hinweisen, dass unsere Erfahrungen sich von denen, die Sie – beide – in Bezug auf Deutschland beschrieben haben, ein wenig unterscheiden.

Wolfgang Thierse: „Rudolf Scharping.“

Rudolf Scharping:

„Ich will von der europäischen Seite zunächst her kommen und jetzt nicht die Frage erörtern, wie viel Weisheit in einem Referendum liegt, das die Einführung des Euro ablehnt, aber die Kopplung an den Euro für die eigene Währung zu hundert Prozent akzeptiert ... Jetzt nehmen wir mal Dänemark. Arbeitsmarktpolitik. Wenn ich das jetzt herunter breche auf deutsche Kategorien von Politik dann müssen wir doch die Frage stellen, wieso eigentlich haben wir in der Arbeitsmarktpolitik die Trennung zwischen Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Was ist unsere Erfahrung. Städte bilden Beschäftigungsförderungsgesellschaften, mit dem Ziel, Menschen aus der Arbeitslosigkeit heraus zu helfen, aber auch mit dem Ziel, für den Fall, dass das nicht gelingt, einen neuen Anspruch auf Arbeitslosengeld, also die Finanzierung der Arbeitslosigkeit durch die Bundesanstalt für Arbeit statt durch die Sozialhilfe der Gemeinde zu organisieren. Hilft das den Betroffenen? Wenn jemand längerfristig arbeitslos ist und der Arbeitsvermittler sich darauf konzentriert, die jungen temporär Arbeitslosen oder die Leistungsfähigen, gut ausgebildeten unter 45 ins Zentrum seiner Bemühungen zu stellen, auch wohl wissend, dass der 52-jährige schlechter Ausgebildete kaum noch eine Chance hat, dann macht er einen, wenn man so will, Rationalisierungsprozess seiner eigenen Arbeit und er muss es auch tun, denn wenn ein Arbeitsvermittler 600 Leute zu betreuen hat, dann kann er nicht 600 gleichzeitig betreuen. Ist das Solidarität? Oder ist das nicht einfach nur eine bürokratische Entlastung nach dem Motto: wir haben einer Institution die Betreuung der Arbeitslosen übertragen, die dürfen jetzt mal Überweisungsträger ausfüllen, ab und zu sie mal zu einem Gespräch einladen. Wie viel Solidarität steckt da drin? Anders herum, wenn in meinem Wahlkreis eine Verbandsgemeinde einen Sozialarbeiter einstellt, der nichts anderes tut, als alle Sozialhilfeempfänger im sogenannten arbeitsfähigen Alter einzuladen zu einem Gespräch, wie ein Personalgespräch, wie ist ihr Leben verlaufen, welche Qualifikationen haben sie, welche beruflichen Tätigkeiten haben sie ausgeübt, wie können wir ihnen helfen, eine Arbeit zu finden und dann zu Arbeitgebern geht und sagt, wir zahlen euch 3 Monate lang oder 6 Monate lang die Sozialhilfe quasi als

das Gehalt und er kann eingearbeitet werden. Wir zahlen euch einen weiteren Zeitraum, einen Zuschuss zu den Sozialversicherungsbeiträgen, etc. Dann gibt es manche, übrigens auch in der Sozialdemokratie, die sagen, nein, das ist vielleicht doch ein bisschen zu nah dran an den Leuten, im Sinne von Kontrolle. ...

Die wirklich politisch spannende und einzig fruchtbare Frage wird sein: wie organisieren wir gemeinsame Ziele, wie garantieren wir gemeinsame Standards und auf dieser Grundlage: wie stark wollen wir individuelle Verantwortung tatsächlich mobilisieren. Die Grundlage muss fest und zuverlässig bleiben, das ist richtig, aber sie darf nicht dazu führen und das ist genau der Bezug zu den Freiheits- und Gerechtigkeitsüberlegungen, dass individuelle Verantwortung, unmittelbare persönliche menschliche Zuwendung gewissermaßen nur noch in bürokratischer Routine erstarrt. ...

Wir werden als Sozialdemokratie da übrigens tolle Bündnispartner finden. Ich war, um es mal ganz offen zu sagen, von manchem erstaunt und überrascht, was Dieter Schulte hier gesagt hat, manches hat mich erinnert an das Sozialwort der Kirchen, da steht ausdrücklich drin, dass Solidarität und Subsidiarität zusammen gehören und beide den Maßstab für soziale Gerechtigkeit, das Kriterium für soziale Gerechtigkeit bilden. So jetzt habe ich es wieder etwas allgemeiner und damit etwas weniger provokativ formuliert und im übrigen mit einer großen Autorität, das meine ich ganz ernst, das ist keine Ironie, das droht in Vergessenheit zu geraten, was die beiden großen christlichen Kirchen in ihrem Sozialwort gesagt haben und was das an befruchtenden Möglichkeiten auch für sozialdemokratische Politikprogrammatische enthält. „

Wolfgang Thierse: „Heidemarie Wieczorek-Zeul.“

Heidemarie Wieczorek-Zeul:

„Also, ich habe meine Zweifel, ob es wirklich so ist, dass die Akzeptanz für sozialstaatliche Strukturen so prinzipiell anders in Deutschland ist als in Dänemark. Manche Diskussionen vermitteln doch sehr eine neoliberale Vorurteilshaltung gegenüber dem Sozialstaat, das ist ja nicht an Deutschland vorbei gegangen, wir haben ja 16 Jahre lang eine Regierung gehabt, die diese Prinzipien versuchte abzuwerten, zumal in der letzten Phase. Ich glaube, dass es in der Bevölkerung aber durchaus die Akzeptanz für das Prinzip des Sozialstaates nach wie vor in großem Umfang gibt. Wir können, glaube ich, heute hier die Fragen, wie wir nun das Rentensystem neu gestalten oder andere Fragen nicht mit dieser Diskussion vermengen. Aber ich bezweifle, dass es so stimmt, dass die organisierte Solidarität im Rahmen der Sozialstaatlichkeit nachgelassen hätte. Und die Elemente, die wir auch versuchen mit einzubauen, zum Beispiel gerade stärkere Bürgerbeteiligung an Entscheidungen zu ermöglichen, über Stiftungen die Möglichkeit zu geben, sich stärker in gesellschaftliche Aktionen einzubringen. Das ist ja eine Ergänzung sozialstaatlicher Prinzipien, das ist ja nicht ihr Ersatz. Und deshalb habe ich eher eine positive Bewertung dieser Verankerung nach wie vor, als das ich den Eindruck habe, dass die Leute den Sozialstaat als bürokratischen Auswuchs betrachten würden.“

Wolfgang Thierse:

„Herr Münkler möchte ein bisschen widersprechen und Herr Lykketoft auch noch etwas dazu sagen. Nun los.“

Herfried Münkler:

„Ich weiß nicht, ob ich widerspreche, aber ich möchte einen Punkt herausheben: Das Entscheidende ist aus meiner Sicht nicht die Frage der höheren und besseren oder zielgenaueren Steuerung (es mag sein, dass auf höherer Ebene Steuerungsprobleme auftreten, aber man muss erst einmal beobachten, ob die niedrigeren Ebenen besser steuern), sondern was mich interessiert, ist die Frage der Erfahrbarkeit von Solidarhandlungen, also die motivationale Dimension. Das, glaube ich, ist der hohe Preis eines gut funktionierenden sozialstaatlichen Systems, dass es Finanztransfers in hohem Masse durchführt, dass aber die in irgendeiner Weise daran Beteiligten keine Vorstellung mehr davon haben, dass sie und wie sie daran beteiligt sind und dass es sich dabei um solidarische Handlungen handelt. Sie nehmen dies wahr als eine allgemeine politische Floskelei, bis hin also zu der Abkürzung „Soli“, und derlei mehr, kurzum: die soziomoralische Dimension des Handelns wird unsichtbar, weil es relativ reibungslos funktioniert und die Frage der Motivation und der Einsicht in das Handeln verschwindet. Das, glaube ich, ist der entscheidende Vorteil bei der Verlagerung auf niedrigere Ebenen, wo auch die wirklichen Gestaltungsspielräume der Politik und der Leute, die sich in diesem Zusammenhang engagieren, sehr viel größer wären.“

Mogens Lykketoft:

„Ja. Ich möchte etwas zur Frage, wie sich die Unterstützung für das soziale System auf nationaler Ebene wahren lässt, sagen. Die Diskussion auf lokaler Ebene ist sehr interessant, doch ist es hier viel schwieriger, Relevanz zu erzielen. Auf der nationalen Ebene ist das anders. Dennoch sollten wir Sozialdemokraten keinen Gegensatz zwischen einem stärkeren Einfluss der Kommunen, mehr Mitwirkung durch die Nutzer unserer staatlichen Leistungen, mehr Entscheidungsfreiheit und Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Angeboten für den Einzelnen ausbauen. Wenn Sie wollen, können Sie das als ein Problem betrachten, das wir haben, wenn wir mit dem solidarischen System weiter machen wollen. Denn es ist natürlich so, dass, wenn Sie Generation für Generation erziehen, selbst zu entscheiden und das eigene Leben besser zu planen, mehr zu wissen, Generation für Generation mehr Einfluss auf die Angebote des Sozialstaates haben möchte. Es ist, so meine ich, unsere Pflicht, eine Art Brücke zu bauen, die stabil ist und dauerhaft besteht. Eine Brücke zwischen mehr Freiheit für den Einzelnen und der Fortsetzung der grundlegenden Solidarität im System. Die grundlegende Solidarität im System ist im Grunde natürlich die Bereitschaft, Steuern zu zahlen.“

Interessanterweise gibt es dieses vermutlich einzigartig dänische Phänomen, dass zwei Mal in den neunziger Jahren Mitte-Rechts-Parteien Wahlen verloren, weil sie Steuersenkungen vorgeschlagen hatten. Das ist, meiner Meinung nach, Ausdruck der Tatsache, dass viele Menschen dieses System wollen. Sie wissen, dass es ein teures System ist und sie sagen, dass weniger Steuern vermutlich zu einem Abbau dieses Systems führen werden, auch wenn, so denken sie, niemand das sagt. Und das stimmt natürlich. Deshalb ist es sehr wichtig, dass wir sozusagen in der Lage sind, den Wunsch, Steuern zu bezahlen, aufrecht zu erhalten. Das bedeutet dann auch, dass die Menschen davon überzeugt sind, dass sie dann auch die Qualität der Leistungen bekommen und den Einfluss auf die Angebote haben, die wir von diesen Steuern finanzieren.“

Rudolf Scharping:

„Das ist ja genau der Punkt, dass man die Akzeptanz einer Steuer oder eines Sozialversicherungsbetrages verbinden muss mit der Gestaltungsfähigkeit auf der lokalen oder individuellen Ebene um den Nutzen erkennbar zu machen.“

Wolfgang Thierse:

„Also das ist wahrscheinlich sehr unstrittig. Aber es gibt eine Frage, die mich doch ein bisschen quält. Wie effektiv wir den Sozialstaat machen, wie „kundenfreundlich“ auch immer, so dass der Einzelne seine Leistungen genau bemessen kann: Es bleibt ein elementarer Umstand, dass Solidarität, wenn sie als solche praktiziert werden soll, bedeutet, dass diejenigen, die einzahlen im allgemeinen weniger zurück bekommen. Wenn Sie das unter dem Gesichtspunkt des Geschäfts betrachten, ist es ein Verlustgeschäft. Das heißt, Solidarität, auch die organisierte, gesetzlich verankerte, bedarf der Motivation, der Zustimmung oder Einsicht derjenigen, die sie leisten.“

Welche Gesichtspunkte, Motive gibt es in dieser Gesellschaft, die als ein Fundament für den - gewiss zu reformierenden - Sozialstaat weiterhin tragen? Und da interessieren mich als Sozialdemokraten diejenigen Quellen von Solidarität, die immer wieder einen Überschuss an Zuwendung gegenüber anderen erzeugen. Die Grundlage solidarischen Handelns, wiewohl sie gespeist ist von der Erwartung, im Falle der eigenen Bedürftigkeit davon selbst Gebrauch machen zu können, ist die Hinnahme der Möglichkeit, dass es sich eben nicht für einen selbst rechnen muss. Wie kann ein solches Verhalten in einer individualisierten Gesellschaft Bestand haben, wo man gelegentlich sogar von der „Tugend der Orientierungslosigkeit“ spricht und voraussetzt, dass man sich für solche Fragen nicht mehr interessiert?

Ich möchte gern diese Frage auch an das Auditorium stellen. Wir haben jetzt lange genug hier vorne diskutiert. Sie sind jetzt eingeladen, sich zu äußern, Fragen zu stellen, Meinungen, Kommentare oder auf meine Frage zu antworten: Welche Quellen solidarischen Bewusstseins zeichnen eine stärker individualisierte Gesellschaft aus, und welche Art Organisation ist dieser angemessen? Bitte, Sie haben das Wort.“

Beiträge aus dem Publikum:

„Mein Name Apostolos Tsalastras. Ich komme von der Arbeiterwohlfahrt vom Bundesverband. Ich hatte eigentlich erwartet als Rudolf Scharping von der praktizierten Solidarität gesprochen hat, dass er die AWO in dem Bereich auch nennt, weil bei uns weitaus mehr Sozialdemokraten Solidarität jeden Tag praktizieren, als selbst in der Partei und ich weiß, wovon ich spreche, ich kenne beide mittlerweile ziemlich gut. Ich möchte auf ein, zwei Punkte eingehen, wir haben ja als Arbeiterwohlfahrt viel Erfahrung was Solidarität angeht, zu Lande, zu Wasser und in der Luft, in allen Bereichen der sozialen Arbeit aktiv, kriegen wir schon mit, was die Leute mobilisiert und motiviert, solidarisch zu werden, aktiv zu werden und Solidarität zu praktizieren. Ich denke mal ein Punkt ist ganz, ganz wichtig, ist die Erfahrbarkeit von Solidarität. Da hat der Herr Professor Münkler sehr recht, die Erfahrbarkeit dessen, was man tut, dass das sich wider spiegelt als solidarisches Handeln, als die Wirkung, dass man sie sieht, ist natürlich vor Ort am einfachsten zu organisieren und wir haben natürlich auch die Erfahrung, dass wenn wir solidarische Arbeit, soziale Arbeit organisieren mit Ehrenamtlichen, dass das natürlich nur am Beispiel funktioniert. Aber das Beispiel Dänemarks zeigt auch, dass wir Solidarität auch auf einer größeren Ebene organisieren können, wenn im Bewusstsein der Menschen klar ist, dass das was sie dort tun, nämlich viel Steuern bezahlen, einen nicht für sie persönlichen Mehrwert, aber für die Gesellschaft, für ihr Leben einen wichtigen Erfolg hat, also erfahrbar für sie ist, wirklich erfahrbar, sie sehen einen Sozialstaat, der funktioniert, sozia-

le Dienste, die notwendig sind um ihr Leben besser zu gestalten als das im Augenblick der Fall ist. Und dieses Bewusstsein ist natürlich hilfreich. Und ich glaube, wir müssen in Deutschland wieder mehr dieses Bewusstsein auch fördern und in der Diskussion stärker hervorheben, als wir das in der Vergangenheit getan haben. Globalisierung, Individualisierung sind sicherlich Elemente, die das erschweren, aber wenn wir den Menschen nicht deutlich machen, dass das, wofür sie Steuern zahlen, einen positiven Effekt für alle hat, auch für sie selbst, dann wird es nicht funktionieren. Das ist der erste Punkt. Und der zweite Punkt - da möchte ich Rudolf Scharping ausdrücklich recht geben, und Wolfgang Thierse auch - wir müssen natürlich solidarisches Handeln, Sozialstaat, wieder mehr an die Ebene bringen wo mit den Menschen gearbeitet wird. Also nicht nur auf der übergeordneten Ebene diskutieren, sondern das praktische Handeln, das Umsetzen wieder an den Menschen stärker fördern. Die Zusammenbringung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe, wir als Arbeiterwohlfahrt haben schon sehr früh darüber nachgedacht. Dass das eigentlich ein sehr wichtiger Aspekt ist, das wieder zusammen zu führen, dort auf der Handlungsebene die Leute nicht mehr zu dividieren, sondern diese Elemente wieder zusammen zu führen. Und noch ein letzter Punkt: wir brauchen in einer Gesellschaft, die sich immer stärker verändert und viel Unsicherheit bei den Menschen produziert - da auch wieder das Beispiel Dänemark sehr deutlich macht - mehr Solidarität und mehr Sicherheit als früher. Das heißt, jemand dem ich abverlange morgen arbeitslos zu sein und nicht mehr diese Erwerbsbiographie von 40 Jahren zu ermöglichen sondern zu sagen, hör mal, es kann sein, dass du drei Jahre dort arbeitest, drei Jahre wieder dort und dann müssen wir mal gucken, was wieder für dich übrig bleibt. Diesen Leuten muss ich natürlich Sicherheiten geben und einen Sozialstaat in ihr Bewusstsein rufen, der ihnen hilft dabei, dieses zu bewerkstelligen. Das kann ich nur durch mehr Solidarität aber auch durch mehr Flexibilität und indem ich näher an den Leuten dran bin.“

Wolfgang Thierse: „Danke schön. - Bitte.“

...
Wir leben, wenn ich das jetzt richtig sehe, in einem Zeitalter der Entstaatlichung der Wirtschaft und in Folge dessen leben wir in großen Problemen. Wir haben an gar keinem Punkte mehr einen richtigen Zugriff zu dem Sozialen, weil der höchste Wert jetzt ist der Shareholder-Value. Wir haben noch einen konkreten Gegner. Und dieser konkrete Gegner verhindert eigentlich auch den Sozialstaat. Für mich ist zwar die Solidarität das Ergebnis von Gleichheit und Brüderlichkeit ...

Wir gehen jetzt zu den Motivationen zurück, wir müssen zu ihnen zurück gehen. Und an dem Punkt haben wir, glaube ich, jetzt zum Beispiel in der Rentendiskussion, wir können sie nicht ganz vermeiden heute, Frau Wiczorek-Zeul. Die Rentendiskussion ist das große Ding, was im Moment auf uns zu läuft. Mir hat vor ein paar Tagen jemand gesagt, seit Beginn des Jahrhunderts versuchen die privaten Versicherungsgesellschaften den Staat zu zwingen, die Leute privat zu versichern. Und er sagte, warum hat es nicht geklappt gegen eine sozialdemokratische Regierung, gegen eine Sozialdemokratie wäre es wahrscheinlich nie durch zu setzen gewesen. Es ist nur mit ihr durch zu setzen, wenn sie in der Regierung ist. Die Leute sagen auch, es gibt kein größeres Geschäft im Moment in der internationalen Welt zu machen, es gibt kein größeres Geschäft in der derzeitigen Bundesrepublik zu machen, als die Versicherung, die staatliche Versicherung zu devertifizieren. Das heißt, es ist ein Entsolidarisierungsakt von einer unglaublichen Art. Das heißt, wenn wir über Solidarisierung

sprechen und über den Begriff sprechen, reden wir doch auch über seine Kraft in der Gesellschaft. Ich denke, dass die Kraft der Solidarität in der Gesellschaft davon abhängt, dass man sie erfahren darf. Und die Erfahrung heißt zum Beispiel, ich zahle ein und bekomme zurück. Das ist ja auch ein solidarischer Akt. Und zwar über die Zeiten hinaus. Und dieses über die Zeiten hinaus ist erfahren zu dürfen, dass die Gesellschaft mich trägt, das geht, das ist ein Erlebnis. Und dieses Erlebnis wird in Wahlen zum Beispiel instrumentalisiert und davon hat die Partei, die auf diesen Begriff setzt, direkt etwas. In dem Augenblick, in dem wir uns daraus zurück ziehen und sagen, nein, nein, nein, wird ja keine Inflation kommen, die Werte werden ja stabil bleiben, also wenn wir uns privat versichern, dann setzen wir uns doch den ganzen Schwankungen der Wirtschaft aus. Das heißt, wir entsolidarisieren uns doch, in dem wir uns der Wirtschaft überantworten. Die Entschuldung der Dritten Welt ist doch gerade ein Akt gegen die Wirtschaft, die die Dritte Welt verschuldet hat. Also wo befinden wir uns eigentlich? Ich denke, dass wir uns genau an diesem Punkte über Instrumentalisierungen Gedanken machen müssen und über die Begrifflichkeit und über die Stärke dieses Begriffs Solidarität für die Sozialdemokratie, die wir ja gerade dabei sind, zu zerbröseln.“

Wolfgang Thierse: „Danke. - Bitte schön.“

„Peter Grotjahn. Ich bin Hochschullehrer an der FU. Ich habe mich so ein bisschen gefragt, warum eigentlich die meisten die geredet haben, jedenfalls von der SPD her, sehr viel Schwierigkeiten hatten, politische Projekte, die mit dieser rot-grünen Koalition verbunden sind, auch als Solidaritätsprojekte zu benennen. Wenn Sie etwas gesagt haben, dann über Menschen, die sich von unten mobilisiert haben. Wieso kommt das. Sind Sie nicht davon überzeugt, dass es diese Projekte gibt, die auch Solidarität stiften? Oder könnte es auch sein, dass die meisten der Projekte, die Sie mit auch politisch verantworten, dass die eigentlich eher eine Entsolidarisierungsstrategie befördert haben als eine Solidarisierungsstrategie? Das ist für mich die Hauptfrage. Und ich finde, egal ob man nun die Steuerreform als Beispiel nimmt, wo Sie ja immer gesagt haben, das kommt auch den sozial Schwachen zugute, kann man an der Steuerreform demonstrieren, dass die Menschen, die fünfzehn, achtzehntausend Mark verdienen, davon nichts haben, von denen die sozusagen noch weniger verdienen, noch viel weniger. Also es ist eine klare Steuerreform zugunsten derer, die ein bisschen und ein bisschen mehr als ein bisschen und sehr viel haben und verletzt eigentlich zutiefst den Solidaritätsgedanken. Mit der Frage Armut verhält es sich gleich. Sie haben in Ihren Fraktionen erhebliche Anstrengungen unternommen, einen Armutsbericht zu erstellen, aber das Armutspolitik eine Politik der SPD ist, würde ich nun in keinem Fall behaupten. Ich sehe jedenfalls keine Anstrengungen auf diesem Feld. Und Rudolf Scharping hat das Beispiel mit Jugendarbeitslosigkeit hier bei gebracht, daran kann man eigentlich auch sehen, wenn man die dänischen Verhältnisse ein bisschen studiert hat, dass sozusagen Sie im Grunde genommen eigentlich auch ein bisschen mit verantwortlich sind dafür, dass man ein riesiges Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit auflegt aber sozusagen dann nichts besseres im Kopf hat als es einer oberbürokratischen Behörde sozusagen anzuvertrauen. Und das was der dänische Kollege hier anmahnt, diese Regionalisierung, diese Kleinteiligkeit, die Stadtteilbezogenheit, genau mit einem solchen bürokratischen Monster nicht machen kann. Nehmen Sie es zu Kenntnis, achthunderttausend junge Leute kommen nach wie vor nicht in Bildung oder über Arbeitsplätze rein. Und JUMP hat tatsächlich vielleicht dreiundzwanzigtausend Arbeitsplätze neu geschaffen. Da sieht man ja, was mit Solidarität ist und bei der Geschlechterdemokratie

würde ich fast sagen, es ist ein fast totes sozialdemokratisches Projekt, wenn man die Verbindung von Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern und Arbeitsmarktpolitik in irgend einer Form also annimmt. Das heißt, die Münkler'sche Formulierung, es gibt eine Unterforderung an Solidaritätsvorstellungen, die sozusagen dann zu Projekten gegossen werden können und dann unterschiedlich viel zulassen, das wäre eigentlich die Aufgabe der Stunde, das zu machen."

Wolfgang Thierse:

„Danke schön. – Ich nehme an, Ministerin Wieczorek-Zeul wird darauf antworten. Ich erlaube mir aus einem bestimmten Grad von Betroffenheit, die Bemerkung, es gibt vernichtende Urteile, vernichtende Kritiken die diejenigen, die kritisiert werden, schlicht nur noch ratlos machen, weil die Kritik maßlos ist und man in ihr sozusagen gar keinen Punkt mehr findet, wo man eine Chance hat noch in irgend einer Weise gerechtfertigt zu sein.“

Beitrag aus dem Publikum:

„Ja, nach dieser herben Regierungsschelte passt mein Beitrag ganz schlecht. Ich wollte eigentlich im Sinne von Frau Wieczorek-Zeul anführen, dass sich was tut in der Gesellschaft. Beispielsweise dürfen wir nicht vergessen dass im freiwilligen, unentgeltlichen, sozialen Engagement die Zahlen so hoch sind wie nie zuvor. Dann auf der anderen Seite in der jungen Generation, da tut sich auch was. Die Zeit, wo also das erste Anliegen von Eltern war, die optimale Selbstverwirklichung, die ist auch nicht mehr so da ist. Jetzt ist wieder der Trend zur Familie, zu Nähe, zu Wärme und so weiter. Oder bei den jungen Unternehmern - das ist hochinteressant, was sich da tut. Wenn die immer wieder von uns Älteren hören, ja dieser Egoismus, diese Einsamkeit, diese Entfremdung, dann sagen die, was denn? In unseren jungen Betrieben, wir gehen zwar nicht in die Gewerkschaft, aber wir haben sehr viel Solidarität intern im Betrieb. Und da habe ich eine junge Unternehmerin neulich gehört, die also auch erzählte, wie sie solidarisch sind, auch die männlichen Betriebsangehörigen mit den jungen Müttern, wie die Babies mit in den Betrieb genommen werden, wie sich mit den Schichten und den Arbeitszeiten abgewechselt wird, ganz flexibel, um da auch der Mitarbeiter, der Familiensituation gerecht zu werden und der Frauen. Oder - lauter Kleinigkeiten, die ich hier anspreche, aber das sind Mosaiksteinchen.

...
Und jetzt kommt ein Punkt, der ist auch neu, finde ich, in unserer Gesellschaft: Politik ereignet sich eben auch bei Sabine Christiansen oder bei Herrn Böhme und da sitzen sie, die Politiker und Minister und sie könnten da auch eine Nahtstelle sein, ein Vermittler sein, indem sie nicht nur dem CDU-Kollegen widersprechen und zeigen, dass sie die besseren Argumente haben, sondern dass sie auch für die Bürger sprechen.

...
Und ich denke, da müssten Sie als Politiker auch Ihre Chancen wahr nehmen.

Wolfgang Thierse:

„Sie hatten sich noch gemeldet. Und dann wollen wir noch eine kleine Runde hier vorne machen und dann sind wir an unserem Zeitlimit“

Beitrag aus dem Publikum:

„Also ich habe Schwierigkeiten seit ich mich auch als Bundesdeutscher, seit zehn Jahren, nenne und dazu bekenne und froh bin, mit dem Begriff umzugehen. Damals hatte ich die naive Vorstellung, ich hörte die Zahlen der Verschuldung des Berliner Senats und da dachte ich, da habe ich mir durch gerechnet, so viele Millionen in Berlin und soviel sind wir, also wir könnten doch zusammen legen. Das ergab damals eine Summe ungefähr um 1000 DM, um Berlin zu entschulden. Ich habe versucht, das zu diskutieren, niemand hat da sonderlich zugehört oder zuhören wollen. Das andere Erschreckende war dann, als ich die Zahlen hörte, wie viel die Altbundesländerbürger mittlerweile auf die hohe Kante gebracht hatten. Das sind ja nicht bloß Hunderttausende, Millionen, Milliarden sondern Billionen. Und da habe ich mir gesagt, das kann doch wohl nicht wahr sein. Der Staat hat so und so viele Schulden, also Berlin oder die gesamte Republik und so und so viel Billionen liegen auf der hohen Kante und werden und sind unproduktives Kapital. Also wo ist hier Solidarität? Das ist doch unser Land, unsere Stadt! Nichts. Keine Antwort. Und ich meine eben, ich wollte Herrn Scharping widersprechen, er ist gerade raus vorhin, ich meine Solidarität muss weh tun, sonst ist es keine. Das was wunderbar ist, und was passiert in unserem Land in Notfällen eine offene Solidarität, aber immer nur auf den einzelnen Punkt, der arme Mensch, oder das Unglück, die Überschwemmung oder was auch immer, da wird sehr viel gespendet. Das soll ja auch überhaupt nicht in Frage gestellt werden. Aber ich meine, das verschimmt dann auch ganz schnell wieder und die Millionen oder Milliarden Armen, wenn man an die globale Welt denkt, ja - wie ist denen zu helfen? Also ich meine, sie muss weh tun und der Staat müsste eigentlich, was heißt Staat, Europa oder eine andere Organisation der Welt müsste mehr abverlangen von den Bürgern. Das wird auf wenig Gegenliebe wahrscheinlich, die Politiker werden wenig, oder die Politik wird weniger beklatscht werden. Zwei Beispiele sind mir nicht aus dem Kopf gegangen. Ich war vor neun Jahren in Brügge, habe da mich mit der Geschichte der Stadt und dem Sozialsystem beschäftigt, interessiert vor Ort. Und da ist folgendes passiert, irgendwo im 16. Jahrhundert. In die reiche Stadt strömten unendlich viele Arme, die brachten ja eben die Stadt in Unordnung, die brachten Chaos, aber sie brachten nicht nur das, sondern sie brachten Seuchen, sie brachten echte Gefahren. Die Stadtbürgerschaft, die ja sehr reich war, war besorgt. Also eine Not stand vor der Tür, sie mussten sich helfen. Und sie beschlossen, und das ist bis heute, glaube ich, in irgendeiner Form, ein Zehnt ihres Profites, ihrer Einnahmen zur Verfügung zu stellen. Ein Zehnt. Das ist passiert. Damit haben sie sehr viele, und man kennt ja die hervorragenden Einrichtungen in Holland. Und um das abzufangen und um die Leute, die natürlich in die reichen Städte zogen, zu integrieren und auch zum eigenen Nutzen. Ganz deutlich. Keine Krankheiten, keine Seuchen oder zumindest weniger, und die Leute auch in Arbeit zu bringen. Das andere Beispiel ist für mich immer China. Diese unüberschbare Vermehrungswut dieser Menschen, die ja - Wolfgang Thierse: „Jetzt kommen Sie aber zu einem weiten Thema!“ „Das ist aber, ich meine nur, staatlicher Einfluss! Das ist Solidarität gewesen. Das Volk musste sich wehren, um nicht kaputt zu gehen. Und wie wehrt man sich, wenn Not vor der Tür steht? Durch staatliche oder durch Zwangsmassnahmen. Also Solidarität muss weh tun. Ein Kind zu haben oder nicht mehr haben zu dürfen, ist ein verfluchter Zwang. Und ich meine auch Herrn Scharping verstanden zu haben, vor Jahren, als der Krieg auf dem Balkan war, das war für mich auch praktizierte Solidarität, so hat er es auch verstanden. Die Gefahr stand vor unserer Haustür. Und wir haben weitgehend zugestimmt. Oder sehr viele. Das wollte ich noch sagen.“

Wolfgang Thierse:

"Danke schön. Nun bitte ich sehr darum, dass man nicht alles unter einen Oberbegriff zwingen sollte. Wir werden, da können Sie beruhigt sein, auch weiterhin in Deutschland Steuern erheben. Steuern zahlt man in der Regel aber zwangsweise, kaum freiwillig. Daher würde ich in diesem Fall das Wort Solidarität vermeiden. Das wir das Geld trotzdem so ausgeben, dass es solidarischen Zwecken dient, darum geht es dann in der Politik.

Nun noch ein abschließende Runde auf dem Podium, beginnend mit Heidemarie Wiczorek-Zeul."

Heidemarie Wiczorek-Zeul:

„Ich glaube nicht, dass wir jetzt die Diskussion über die Frage des Grundwertes Solidarität als Muster nehmen können, um jetzt - ich sage es mal etwas pauschal - mit der Sozialdemokratie abzurechnen. Das fand ich jetzt auch in bezug auf die Regierungspolitik, selbst wenn man in dem einen oder anderen Punkt kritisch sein mag, nicht angemessen. Denn erstens werden wir daran gemessen, und daran wollen wir uns ja auch messen lassen, wie stark wir es schaffen, Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Da schließe ich an das an, was der Finanzminister vorhin gesagt hat zu den Erfahrungen in Dänemark. Die Reduzierung der Arbeitslosenzahlen wird die Hauptherausforderung sein. Die Steuerreform enthält Elemente einmal der Angebotsorientierung aber auch wiederum sehr stark die Stärkung der Nachfrage und damit des Einkommens von Privathaushalten und von Normalverdienern und vor allen Dingen auch von sozial bisher schlechter Gestellten. Das ergibt sich durch die Anhebung im Bereich der Freibeträge und durch die Senkung der entsprechenden Eingangsteuersätze.

Ich habe vorhin den Punkt ökologische Steuerreform angesprochen. Also da wäre es mir lieb, wenn dieses Thema wirklich mal unter dem Gesichtspunkt der Solidarität diskutiert würde. Aber der eine oder andere, der sich in der allgemeinen Diskussion sehr abstrakt äußert, ist auch derjenige, der durchaus in jeder einzelnen Detaildiskussion, wenn es um die Frage geht, sehr opportunistisch den Kopf einzieht. Ich sage ausdrücklich, ich greife diesen Punkt jetzt noch mal raus, die Frage der ökologischen Steuerreform ist eine Frage der Solidarität gegenüber künftigen Generationen und gegenüber auch anderen Regionen der Welt.

Ich bin jetzt an dem Punkt, und da glaube ich, können wir uns verbessern - sage ich jetzt mal vorsichtig. Ich glaube, dass das gesamte Leitbild, für das wir einstehen, noch deutlicher werden kann. Das ist der Punkt. Dazu gehört auch die Frage, welche gesellschaftliche Grundhaltung wir eigentlich fördern und fördern wollen. Und da finde ich, ob man das jetzt Solidarität nennt oder was auch immer, ist das, was wir als gesellschaftliche Grundhaltung fördern wollen, die Zuwendung zu Menschen ist. Solange wir in der Gesellschaft immer wieder das Vorherrschen von Vorstellungen haben, „der Stärkere setzt sich in jedem Fall durch“ und das durchdekliniert wird durch alle Lebensbereiche, dann ist das das Gegenteil dessen, was mit Solidarität verbunden ist. Also diese gesellschaftliche Grundhaltung, für die wir als SPD stehen und die wir fördern wollen, das denke ich, wäre einer der wichtigsten Punkte.

Und der letzte Punkt, Wolfgang hatte rückgefragt, wie begründen wir eigentlich Solidarität und die Organisation von Solidarität neu. Ich glaube schon, dass die Frage, wie stark dieses Prinzip Rückhalt hat, abhängig ist von der Frage, wie stark wir es mit dem Ziel der Gerechtigkeit verbinden. Es findet in dem Masse leichter Unterstützung, in dem wir sagen,

unser Ziel ist Gerechtigkeit und das Menschen zur Solidarität beitragen können. Klammer auf: Es ist hier viel von der Frage Spendenaktionen gesprochen worden. Man kann, glaube ich, wenn man da einmal am Telefon gesessen hat, wenn gespendet wird, feststellen, dass es durchaus im umgekehrten Verhältnis zu den Vermögensverhältnissen ist, in dem Menschen bereit sind, sich zu beteiligen. Es scheint die progressive Verarmung der vermögendere Schichten zu geben!

Das ist das eine. Also es mit Gerechtigkeit zu verbinden. Aber das Zweite auch, und da komme ich auf Willy Brandt zurück. Wir haben ihn ja sowohl über einen Teil des Programms als auch sozusagen hier mit dabei. Sein Ansatz zu sagen, auch wir werden auf Dauer nicht in Frieden innergesellschaftlich leben können, wenn es Verhältnisse gibt, die diesen Prinzipien entweder weltweit oder auch anderswo krass widersprechen. Diese Grundüberzeugung, finde ich, sollten wir deutlicher machen. Dann glaube ich, dass es auch einfach sehr viel mehr Akzeptanz für das Prinzip gibt. Um es zugespitzt zu sagen: Ich glaube, wir haben zu lange zugelassen, dass das Prinzip von anderen diffamiert worden ist und andere Kriterien in den Mittelpunkt gestellt worden sind."

Mogens Lykketoft:

„Eine kurze Bemerkung zum Abschluss dieser spannenden Diskussion. Ich denke, dass, wenn es uns gelingt, die Mehrheit der Bevölkerung für die Wohlfahrtsgesellschaft zu gewinnen, für die Gesellschaft, die auf dem Fundament der Solidarität mit der nächsten Generation aufbaut, als demokratische Arbeiterbewegung und sozialdemokratische Parteien die Kraft sind, die genau das leisten kann. Wir sind die einzige Kraft, der dies gelingen kann, denn wir erkennen an, dass es einen Zusammenhang zwischen der notwendigen Schaffung einer ökonomischen Grundlage und der Beschäftigung, die Fundamente des sozialen Systems ist, der notwendigen Schaffung eines Wirtschaftssystems, eines ökologisch nachhaltigen Systems für die Zukunft und einer sozial nachhaltigen Gesellschaft, gibt. Dies ist dann eine Gesellschaft ohne krasse Ungleichheit und Ungerechtigkeit, ohne große Unterschiede und Distanz zwischen den Menschen. Das kann uns gelingen, jedoch nur dann, wenn wir es schaffen, die kommenden Generationen davon zu überzeugen, dass es keinen Widerspruch zwischen unserem Verständnis von Solidarität und ihrer Forderung nach stärkerem persönlichen Einfluss auf ihr eigenes Leben gibt. Wenn es uns nicht gelingt, Andere davon zu überzeugen, dass wir diese Brücke bauen können, dann entsteht dieses Verständnis auch nicht auf die solidarische Weise, wie wir es entwickeln wollen. Ich glaube, dass die Diskussion am heutigen Nachmittag ein guter Beitrag für weitere Diskussionen dieser Frage in der sozialdemokratischen Bewegung war, und ich freue mich und fühle mich geehrt, dass ich an ihr teilnehmen durfte. Herzlichen Dank.“

Herfried Münkler:

„Ganz kurz zu dem, was gesagt worden ist. Drei Punkte: Solidarität muss weh tun, ist gesagt worden - ich will dem nicht grundsätzlich widersprechen, es ist gelegentlich unvermeidlich, dass sie weh tut. Aber Solidarität muss vor allen Dingen gut tun. Und diese Seite, die mit dem zu tun hat, was ich Unterforderung und Überforderung genannt habe, sollte man nicht aus dem Auge verlieren. Und wenn Solidarität nur etwas ist, was als schmerzlich empfunden wird und nicht auch als ein Gewinn für einen selber erscheint, dann wird sie keinen Bestand haben. Zweiter Punkt: Es gibt eine Form von Solidarität, die aus Einsicht in das wohlverstandene



Eigeninteresse resultiert. Aber davon muss man jene Form von Solidarität unterscheiden, die gar nichts zu tun hat mit irgendeiner Einsicht in wohlverstandene, langfristige eigene Interessen, sondern die aus der Ansehung des Menschen oder dem, der mir nahe ist, resultiert. Also das, was Arthur Schopenhauer Mitleid genannt hat, was er gegen die kantische Pflichtenethik gesetzt hat. Diese Dimension sollte man auch nicht aus dem Auge verlieren.

Drittens: Die Solidaritätszuminutungen dürfen auf Dauer nicht zu niedrig sein, aber sie müssen auch erfahrbar sein, und der Zusammenhang muss durchschaubar sein, denn nur dann ist sichergestellt, dass institutionalisierte Solidarität nicht in Akten demokratischer Wahl zu Fall gebracht wird. Das nämlich ist die andere Seite von Verrechtlichung, dass Regierungen, die ihren Leuten zuviel an Abgaben und Steuern zumuten oder das, was sie zumuten, nicht vermitteln können, Gefahr laufen, abgewählt zu werden. Insofern unterliegt in einem demokratischen System die Höhe von Zumutungen alle vier Jahre, und gelegentlich auch noch häufiger, wenn man auf Landtagswahlen dazwischen sieht, einem politischen Kontrollverfahren. Und das ist auch gut so, und vor allen Dingen ist es dann gut so, wenn es die jeweilige Regierung und die sie tragenden Parteien motiviert, die Grundprinzipien ihrer politischen Handlungen etwas transparenter darzustellen..

Wolfgang Thierse:

"Meine Damen und Herren, es bleiben mir drei Minuten, meinerseits etwas zum Schluss zu sagen. Ich bin der Überzeugung, dass Solidarität nicht nur geschichtlich, sondern wohl auch gegenwärtig und zukünftig Herzstück der Sozialdemokratie ist. Ich habe vorhin darauf hingewiesen, dass es eine der Leistungen des Berliner Programms ist, Solidarität aus dem Gruppenzusammenhang der Arbeiterbewegung heraus gelöst zu haben und sie auf die gesamte Gesellschaft zu beziehen, auch programmatisch. Der politische Weg, in dem das geschehen ist, das ist der Sozialstaat, sein Konzept und seine Verwirklichung. Nun wissen wir, dass dieser Sozialstaat aus sehr unterschiedlichen Gründen in die Kritik geraten ist. Dazu gehören die Frage nach seinen Kosten, die Frage nach der Effektivität, die Kritik an einer Sozialstaatsbürokratie.

Meine Überzeugung ist, dass die eigentliche Leistung des Sozialstaats darin besteht, aus dem Bedürftigen, aus einem Objekt löhlicher Caritas von Einzelnen oder Gruppen ein Subjekt von Rechtsansprüchen zu machen. Aber wie wir sehen, verwandelt die Sozialstaatsbürokratie ihn gelegentlich wieder zurück in ein Objekt. Im Deutschen - und die Sprache ist verräterisch - sprechen wir gelegentlich vom "Leistungsempfänger", sehen im Bedürftigen das Objekt staatlicher Wohltaten. Also es gibt genügend Anlässe für Kritik am konkreten Sozialstaat, wie er ist. Allerdings werden wir Sozialdemokraten sehr genau unterscheiden müssen zwischen fundamentalem Angriff auf den Sozialstaat und praktisch-vernünftiger Kritik. Was muss unter dem Gesichtspunkt von Solidarität Sache des Staates bleiben, bedarf rechtsverbindlicher, am Maßstab der Würde des Menschen orientierter Qualität? Was gehört vernünftigerweise auf die Ebene der Zivilgesellschaft und was bleibt in der Verantwortung des Einzelnen gegenüber seinen Nächsten?

Es ist richtig, darauf hinzuweisen, dass der Abschluss einer Lebensversicherung durch den Einzelnen kein Akt der Solidarität ist. Diesen Unterschied sollten wir schon festhalten. Gerade wenn wir darüber diskutieren, dass künftig mehr individuelle Daseinsvorsorge auf dem Wege des Abschlusses von Versicherungen stattfinden sollte, muss man wissen, dass darin auch ein Moment des Herausnehmens von Daseinsvorsorge aus dem Solidarzusammenhang besteht. Also müssen wir genau definieren, wie weit das gehen soll und wo die Grenze ist, über den hinaus Entsolidarisierungseffekte eintreten. Trotzdem bleibe ich dabei: Die Frage, wie man Solidarität und Subsidiarität vernünftig miteinander verbindet, ist immer wieder neu zu beantworten, weil es sich bei beiden nicht notwendigerweise um Gegensätze handelt, sondern einander ergänzende Prinzipien. Deshalb müssen wir uns dieser Diskussion erneut stellen.

Daraus folgt aber eine Frage, die ich besonders wichtig finde: Wenn wir hinnehmen oder sogar wollen, dass neben Formen rechtlich abgesicherter Solidarität, also der Sozialstaatlichkeit, stärker freiwillige, innergesellschaftliche Solidargemeinschaften, individuell getragene Solidarbeziehungen treten, dann muss man zugleich fragen, ob damit eine Absage an das Prinzip der Umverteilung, des solidarischen Eintretens des Stärkeren zugunsten des Schwächeren das Wort geredet wird. Denn die freiwilligen Solidargemeinschaften sind Solidargemeinschaften auf einer horizontalen Ebene. Sie engen den Spielraum für vertikale Umverteilung, also von den Starken zu den Schwachen, den Gesunden und den Kranken, den Arbeitenden und den Arbeitslosen ein. Also man muss wissen, vor welchen Konsequenzen wir auch als Sozialdemokraten stehen. Wenn wir das Eine sagen, wofür es mehr gute Gründe

gibt, als finanzielle Notwendigkeiten, sondern auch der Prozess der Individualisierung, das heißt des individuellen Gestaltungsanspruches von Menschen, müssen wir uns auf der anderen Seite den Konsequenzen stellen und neu fragen, wie dann innergesellschaftliche Umverteilungsprozesse organisiert werden müssen. Im Unterschied zu Herrn Münkler - aber vielleicht ist der Unterschied nicht so groß, meine ich, das eigentliche Herzstück der Sozialdemokratie heißt Gerechtigkeitspolitik oder Politik des sozialen Ausgleichs.

Solidarität als Motivation und als Struktur gesellschaftlichen Handelns gibt den Weg vor, um immer wieder neu das jeweils historisch mögliche oder definierbare Maß von relativer Gerechtigkeit zu erzielen. Für die Sozialdemokratie ist und bleibt Solidarität Motivationsgrund und Triebkraft, für mehr Gleichheit im Haben und Sagen, bei der Verteilung von Gütern wie des Zugangs zu Lebenschancen zu sorgen. Ohne Solidarität würden Freiheit und Gerechtigkeit zu Formeln eines Gesellschaftsvertrages werden, der in Praxis nicht mehr leisten würde, als die jeweiligen Macht- und Verteilungsverhältnisse widerzuspiegeln. Fortschritt nach menschlichem Maß ist ohne Solidarität nicht denkbar.

Ich bedanke mich sehr herzlich, dass Sie an dieser Debatte über ein neues sozialdemokratisches Programm teilgenommen haben. Ich bedanke mich hier bei den Teilnehmern auf dem Podium und wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg. Ich lade Sie ein, künftig weiter mit uns zusammen zu diskutieren. Wir werden das öffentlich tun, denn ein sozialdemokratisches Programm ist nicht etwas, was hinter geschlossenen Türen entstehen sollte. Herzlichen Dank und guten Heimweg."

Impressum:

SPD Parteivorstand

Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

Internet: <http://www.spd.de>

Art.-Nr.: 300 0194